

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
28 (1914)**

168 (22.7.1914)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-577618](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-577618)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rülfringen, Peterstraße Nr. 76. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Fringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgelde.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die sechsgelaltene Beilage oder deren Raum für die Inserenten in Rülfringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Kleinanzeigen 50 Pf.

28. Jahrgang.

Rülfringen, Mittwoch den 22. Juli 1914.

Nr. 168.

Vom Tage.

Der Konflikt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in der Salinger Waffenindustrie ist durch Einigungsverhandlungen beigelegt worden.

In Berlin ist unter grauenregenden Umständen die Leiche eines Mädchens aufgefunden worden.

Im Kampf der Cottbuser Textilarbeiter, die von den Unternehmern ausgeperrt sind, hat der Regierungspräsident seine Vermittlung angeboten.

Der Prozeß gegen Frau Gailan, die den Zeitungsverleger Calmette erschoss, hat gestern vor dem Schwurgericht in Paris begonnen.

In Fontaine-la-Rouge wurde ein Geistlicher verhaftet, der für Deutschland Spionage trieb.

Bei Toulouse stießen zwei Personenzüge zusammen, wobei 6 Personen getötet wurden.

Der Arbeiterschutz für Jugendliche.

Durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1908 hat der Arbeiterschutz für Jugendliche infolgedessen eine kleine Erweiterung erfahren, als der Zehntelabendtag für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren nicht mehr nur auf die Fabrikbetriebe beschränkt blieb, sondern die Ausdehnung erfuhr, daß alle Betriebe mit 16 und mehr beschäftigten Personen von dieser Bestimmung erfasst werden. In der gleichen Art ist auch für Kinder vom 12. bis 14. Jahre die Beschäftigung auf 6 Stunden beschränkt.

Nach § 154 der Gewerbeordnung sollte weiter für Motorbetriebe, ohne Rücksicht auf die Zahl der Beschäftigten diese Schutzbestimmung gleichfalls in Anwendung kommen, allerdings mit der Einschränkung, daß der Bundesrat hiervon Ausnahmen zulassen kann. Diese Ausnahmen befanden sich für die Motorbetriebe bereits vor der Novelle von 1908. Sie gingen im wesentlichen dahin, daß für Kinder unter 14 Jahren eine Beschäftigung bis zu 10 Stunden zugelassen wurde. Sodann wurde für eine große Anzahl namhaft gemachter Handwerksbetriebe jede Beschränkung der Arbeitszeit sowie das Verbot der Nachtarbeit für Kinder und Jugendliche, wie auch die Festsetzung der Pausen aufgehoben.

Die Novelle von 1908 hat eine Reihe von Bestimmungen dieser Verordnung, soweit sie sich insbesondere auf die Betriebe mit 10 und mehr beschäftigten Personen erstreckt, gegenstandslos gemacht, nicht aber die Bestimmungen, die

für Betriebe vorgesehen waren, die unter 10 Personen beschäftigten. Man konnte erwarten, daß die Regierung von den Befugnissen, hier Ausnahmen zuzulassen, Abstand nehmen würde. Denn mit einer Beschäftigung von 10 Stunden für jugendliche Personen konnte schließlich auch der Handwerksbetrieb auskommen. Wie nun berichtet wird, soll die Ausarbeitung einer neuen Bundesrats-Verordnung erobigt und den Handwerkskammern zur Begutachtung bereits übermittelt sein. Der deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag hat bereits im Jahre 1910 sehr entschieden für die Beibehaltung der bisherigen Ausnahmen Stellung genommen und sich insbesondere gegen die gutschliche Keutierung der kreislichen Gewerbeinspektion gewandt, die in ihrer großen Mehrzahl eine Aufhebung der Ausnahmebestimmungen befristeten. Ahermals hat nun die Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages sich mit einer Eingabe an den Reichstanzler gewandt, die in der Nummer des Deutschen Handwerksblattes vom 15. Juli wiedergegeben ist. Aus dieser Eingabe erfahren wir, daß anfangs die Absicht bestand, die Ausnahme nur für Betriebe, die bis zu fünf Personen beschäftigten, zuzulassen, und anscheinend auch hier beschränkt nur auf Jugendliche, die im Lehrverhältnis stehen. Dem vereinten Ansturm der Interessentengruppe, die in dem Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertag ihre Vertretung sehen, scheint es nun bereits gelungen zu sein, die Forderung in dem Entwurf der Verordnung durchzusetzen, daß ähnlich wie bisher für eine Reihe von Handwerksbetrieben, deren Zahl sogar noch erweitert ist, die Beschränkung der Arbeitszeit für Lehrlinge aufgehoben wird. Auch das genügt den Herren nicht, sie verlangen ausnahmslos die Befreiung jeder Einschränkung der Arbeitszeit für Lehrlinge, soweit Motorbetriebe in Betracht kommen. Es wird sich nun zeigen, ob die Regierung auch diesem weiteren Verlangen in der Beschränkung des Schutzes für Jugendliche nachkommen wird.

Wie schon erwähnt, sind auch die Handwerkskammern um ihr Gutachten in der Sache angegangen worden. Wir möchten hierbei auf folgendes aufmerksam machen: Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung in § 103k soll bei Abgabe von Gutachten und Erörterung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge betreffen, der Gesellenausschuß gehört werden. Soweit uns bekannt wird, wird von den Handwerkskammern diese Bestimmung der Gewerbeordnung in der Regel nicht beachtet, und der Gesellenausschuß bei solchen Beratungen nicht hinzugezogen. Es wird sich mithin empfehlen, daß sich der Gesellenausschuß der Handwerkskammer einmal informiert, ob die Handwerkskammer bereits einen Bericht abgegeben hat und ob darüber Beratungen gepflogen sind. Wenn das der Fall ist und der Gesellenausschuß nicht hinzugezogen worden ist, so ist Beschwerde bei der Aufsichts-

behörde einzulegen. Die Aufsichtsbehörden für die Handwerkskammern sind in Preußen die Regierungspräsidenten, in Berlin und Danzig die Oberpräsidenten. Außerdem hat der Gesellenausschuß das Recht, wenn er mit dem Gutachten der Handwerkskammer nicht einverstanden ist, in einem besonderen Gutachten seinen entgegengegesetzten Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Diese Befreiung der Gewerbeordnung ist leider in Arbeiterkreisen recht wenig bekannt und wird deshalb selten davon Gebrauch gemacht. Im vorliegenden Fall wird es sich empfehlen, recht nachdrücklich von diesen Bestimmungen Gebrauch zu machen, um die Ausdehnung des Arbeiterschutzes für Jugendliche zu erlangen. Die Begründung hierfür wird nicht schwer fallen. Wenn es bisher die Gesetzgebung für notwendig erachtet hat, die Jugendlichen durch eine Begrenzung der Arbeitszeit zu schützen gegen übermäßige Ausbeutung, so muß dieser Schutz auch den im Handwerk tätigen Lehrlingen zuteil werden. Eine 10stündige Arbeitszeit für einen jungen Menschen, der eben erst aus der Schule entlassen ist und oft zu schweren körperlichen Arbeiten herangezogen wird, sicherlich schon eine außerordentlich lange Beschäftigungszeit. Ein Handwerkermeister, der nur einiges sozialpolitisches Empfinden hat, wird ganz von selbst über dieses Maß der Beschäftigung nicht hinausgehen. Leider gibt es aber sehr viele Kleinmeister, die die notwendige Rücksicht auf das körperliche und geistige Gedeihen des jungen Menschen vernachlässigen lassen. Hier muß schließlich durch Gesetz ein Miegel vorgeschoben werden, daß nicht in unerantwortlicher Weise der notwendige Schutz der Jugendlichen gegen übermäßige Anstrengung verliert. Wenn heute die Regierung solch Mittel aufwendet, um die Jugendlichen in den Mann bürgerlicher Jugendberufshilfen zu halten, so wird ihr Verhalten in schroffem Widerspruch stehen, wenn der im Interesse der körperlichen Entwicklung so notwendige Schutz den Jugendlichen auf dem Gebiet der Gesetzgebung vorenthalten wird. Hier gilt es einmal zu zeigen, ob die körperliche Erklarung der Jugend der Regierung höher steht, als die unerbittliche engherzige Anforderung rückständiger Kreise des Handwerks.

Politische Rundschau.

Rülfringen, 21. Juli.

Kronprinzenpolitik. Auf dem Umwege über die Kölnische Zeitung lehnt das auswärtige Amt die Verantwortung für das Kronprinzenentgleiten an den Oberstleutnant Probenius ab. Es heißt dort:

In englischen Wäldern finden wir Beschreibungen dieser Rundgebung, in denen sie uns politisch falsch eingeschätzt zu werden scheint. Angesichts dieser izehrenden Auffassung englischer Berichterstatter, die anscheinend mit unseren Verhältnissen nicht recht vertraut sind, möchten wir bemerken, daß der-

Feuilleton.

Der Hagestolz.

Erzählung von Adalbert Stifter.

Als die Sonne schon von dem Himmel verschwunden war und nur mehr die goldblasse, abimungsreiche Kuppel über dem Tale stand — darum abimungsreich, weil sie morgen, als eben so goldblasse Frühkuppel über dem Tale stehen und demjenigen auf immer fortwirken wird, den hier alle so lieben — als diese Kuppel über dem Tale glänzte, kam Viktor von seinem Gange, auf den er sich so eilig nach dem Essen begeben hatte, zurück. Er ging längs der Gartenplanke, um das Pförtchen zu gewinnen, das von der Reintwandleide hineinführt. Die weißen Stimmstreifen waren nicht mehr da, nur das grünere und nässere Gras wies die Stellen, wo sie unter Tags gelegen waren — manche Fenster waren über die Gartenbede gedeckt, weil der blanke Himmel eine kühle Nacht versprach — von dem Saute stieg ein dünnes Rauchfäulchen auf, weil die Mutter schon vielleicht für das Abendessen sorgte. Viktor hatte kein Angeficht dem Abendhimmel zugewendet, es wurde von demselben sanft beleuchtet, die kühlere Luft floß durch seine Haare und der Himmel spiegelte sich in dem trauernden Auge.

Gama hatte ihn beinahe, blickt an sich vorüber gehen gesehen, da sie an der inneren Wand der Gartenplanke stand, aber sie hatte nicht den Mut gehabt, ihn anzureden. Das Mädchen war beschäftigt von einem struppigen, geschorenen Busche Stücke eines Seitenstoffes herabzulassen, die in einem getrennten Kleide befanden, gefärbt worden waren und unter Tags zum Trocknen sich auf dem Busche befunden hatten. Stück nach Stück nahm sie herab und legte sie auf ein Häufchen zusammen. Da sie nach einer Weile un-

glückte, sah sie Viktor im Garten bei der großen Rosenbede stehen.

Später sah sie ihn wieder bei der Hede des blauen Golumbers stehen, der schon knospen hatte. Der Golumber aber war viel näher gegen sie her, als die Rosenbede. Dann ging er wieder ein wenig weiter und endlich kam er zu ihr herzu und sagte: „Ich will dir etwas hineintragen helfen, Gama.“

„Ach nein, Viktor, ich danke dir,“ antwortete sie, „es sind ja nur ein paar leichte Rappchen, die ich färbe und hier trocknen ließ.“

„Sag sie dir die Sonne denn nicht sehr ausgezogen?“

„Nein; dieses Maar muß man in die Sonne legen, vorzüglich in die Frühlingssonne, da wird es immer schöner.“

„Nun, und ist es schon geworden?“

„Sieh her.“

„Ach, ich verstehe es doch nicht.“

„Es ist nicht so schön geworden, wie die Wänder im vorigen Jahre, aber doch schon genug.“

„Es ist sehr feine Seide.“

„Sehr fein.“

„Gibt es noch feinere?“

„Ja, es gibt noch viel feinere.“

„Und möchtest du recht viele schöne seidene Kleider haben?“

„Nein; sie sind zum Feittagsgewande sehr vorzüglich; aber da man nicht viel Feittagsgewand braucht, so wünsche ich nicht viel Seide. Die andern Kleider sind auch schon und Seide ist immer ein hohes Tragen.“

„Ist der Seidenwurim nicht ein recht armes Ding?“

„Warum, Viktor?“

„Weil man ihn töten muß, um sein Gewebe zu bekommen.“

„Zu man das?“

„Ja, man scheidt sein Gespinnst im Wasserdunst oder räubert es in Schwefel, damit das Tier drinnen stirbt;

denn sonst frisst es die Fäden durch und kommt als Schmetterling heraus.“

„Armes Tier!“

„Ja — und in unsern Zeiten trennt man ihn auch von seinem armen Vaterlande — siehst du, Gama — wo er auf sonnigen Maulbeerbäumen herumkriechen könnte und füttert ihn in unsern Stuben mit Wäthern, die draußen wachsen und auch nicht so heiter sind, wie in ihrem Vaterlande. — Und die Schwalben und die Störche und die andern Zugvögel gehen im Herbst von uns fort, vielleicht weit, weit in die Fremde; aber sie kommen im Frühlinge wieder. — Es muß die Welt doch eine unehrliche, ungeheure Größe haben.“

„Mein armer Viktor, rede nicht solche Dinge.“

„Ich möchte dich um etwas fragen, Gama.“

„So frage mich, Viktor.“

„Ich muß dir noch vielmals danken, Gama, daß du mir die schöne Geldbörse gemacht hast. Das Gewebe ist so fein und weich und die Farben sind recht schön. Ich habe sie mir aufbewahrt und werde kein Geld hineinunt.“

„Ach, Viktor, das ist ja schon lange her, daß ich dir die Börse gab und es ist nicht der Mühe wert, daß du mir dankst. Tue du nur dein Geld hinein, ich werde dir eine neue machen, wenn diese schlecht wird und so immer fort, daß du nie einen Mangel haben sollst. Ich habe dir zu deiner jetzigen Abreise noch etwas gemacht, das viel schöner ist als die Börse, aber die Mutter wollte, daß ich es dir erst heute abend oder morgen frisch geben sollte.“

„Das freut mich, Gama, das freut mich sehr.“

„Wo bist du denn den ganzen Nachmittag gewesen, Viktor?“

„Ich bin an dem Bache hinaufgegangen, weil ich so Langeweile hatte. Ich habe in das Wasser geschaut, wie es so eilig und emsig unsern Dorfe anzieht, wie es so dunkel und wieder helle ist, wie es um die Steine und um den Sand

artige Grundgebungen für Deutschlands amtliche Politik ohne Bedeutung sind.

Die königliche Zeitung hat Recht, für die amtliche Politik des deutschen Reiches, d. h. für die Politik, die die Regierung treibt, sind die Kronprinzlichen Grundgebungen — zunächst wenigstens — ohne Bedeutung. Aber sie können deshalb, wie die Verhältnisse bei uns liegen, leider doch nicht als unbedeutende Meinungsäußerungen irgend einer Privatperson behandelt werden. Und das Unstünde, das mit Recht nicht nur an ihren unmittelbaren Einfluß auf die Führung der Reichspolitik denkt, muß Ausstellungen eines Mannes, der unter Umständen schon nach kurzer Zeit an die Spitze eines großen Reiches und einer gewaltigen Armee tritt, als wichtige Momente für die Beurteilung der deutschen Politik in Betracht ziehen. — In der Deutschen Tageszeitung befindet Herr Dertel, dem geliebten Bringen beizubringen. Er findet, daß die beiden Professore, deren Autoren lobender Telegramme veröffentlicht sind, die Anerkennung durchaus verdienen und würde es nur für geschmacklos halten, wenn die Veröffentlichung der zukünftigen Derselben ohne Genehmigung des Kronprinzen erfolgt sein sollte. Doch es möge dem sein, wie es wolle, dem Kronfolger könne jedenfalls nicht das Recht bestritten werden, sich über Schriften, die er gelesen habe, anerkennend zu äußern.

Wie er das tut, ist lediglich seine Sache. Wenn er einem Buche, in dem die Möglichkeit künftiger kriegerischer Verwicklungen, dargelegt wird, seine Anerkennung ausspricht, so ist das nicht bedenklich, sondern nur selbstverständlich. Das Deutsche Reich muß mit solchen Möglichkeiten rechnen; es würde sich selbst aufgeben, wenn es das nicht täte. Und daß der Erbe der deutschen Kaiserkrone an diesen Zukunftsmöglichkeiten nicht mit Scheuklappen vorübergeht, ist ebenso selbstverständlich. Die Kritik an seinen Telegrammen ist also ebenso unberechtigt wie töricht.

Ah nein, töricht ist nur dieser Rechtfertigungsversuch, der um alle Schandebüßen sich herumdrückt und wieder den Inhalt der beiden Professore, noch der tatsächlichen Stellung des Kronprinzen gerächt wird. Aber man hat den Eindruck, als ob auch den intimsten politischen Freunden des kommenden Kaisers bei den jüngsten Meinungen seines Temperaments nicht mehr recht wohl wäre.

Der fatale Erlass des Kriegsministers. Vor einigen Tagen konnte unser Hamburger Parteiblatt, das Echo, einen Erlass des preussischen Kriegsministers an die Kruppenkommandeure veröffentlichen, in dem angegeben wird, daß die von den militärischen Gerichten gegen Soldatenpöninger vielfach erlassenen Strafen nicht im Einklang stehen mit dem Willen der höheren Stellen und viel zu milde beurteilt worden sind. Zum Schluss heißt es in dem Erlass, daß nur die rüchichtslose Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen nach ihrer vollen Schärfe das schwere Vergehen der systematischen Mißhandlung auszuwachen geeignet sei.

Der Erlass wurde erst in diesen Tagen, kurz nach dem Luxemburg-Prozess, bekannt; dieser Prozess wurde daher vielfach als der Anlaß zu diesen neuesten Erlass gegen die Soldatenpöninger angesehen. Die halboffizielle Presse bemerkt sich nun, die Unrichtigkeit dieser Annahme darzutun. So bemerkt der Berliner Lokal-Anzeiger zu der in Unrufen wiedergegebenen Grundgebung des Kriegsministers: „Die in der sozialdemokratischen Presse ausgebrochene Ansicht, daß dieser Erlass (des Kriegsministers) an die Generalkommandeure vom 28. Mai) auf die Entbillungen im Ajoa-Luxemburg-Prozess zurückzuführen sei, entspricht nicht den Tatsachen, da dieser Prozess ja sehr viel später verhandelt worden ist. Die Anordnungen zum Erlass der Verfügungen sind vielmehr nach unseren Erkundigungen bereits am 12. April d. J. getroffen worden.“

Umso schlimmer erscheint uns jetzt die Anzeigen des Luxemburg-Prozesses, da, wie der Erlass zeigt, noch in jüngster Zeit selbst die höchste militärische Stelle gegen die Mißhandlung und die milde Beurteilung der Soldatenmißhandlungen einschreiten mußte! Warum hat man den Erlass so geheim gehalten? Die Veröffentlichung des Erlasses ist jetzt den Militäristen offenbar sehr fatal.

Ein französischer Geistlicher als Spion. Ein französischer Geistlicher ist Sonntag in Fontaine-la-Rouvet an der Normandie unter dem Verdacht der Spionage für Deutschland verhaftet worden. Ein Abbé Spierbont, der

demum trachtet, um nur bald in das Dorf zu kommen, in welchem es denn doch nicht bleibt. Ich habe das Kleinere gehängt angehängt, das da steht und unauffällig in die Wellen blüht. Zuletzt bin ich in den Buchenwald hinaufgegangen, wo die Stämme schon sein werden, wenn ein oder zwei oder gar zehn Jahre verfließen sind. Die Mutter hat mir von einem Platte erzählt, wo ein flacher Stein über einem Brunnlein liegt und eine alte Wunde mit einem tiefen langen Riß steht. Ich konnte den Platz nicht finden.

„Das ist das Buchenbrunnlein im Girschar. Es wachsen gute Brombeeren herum, ich weiß den Platz recht gut und werde ihn dir morgen zeigen, wenn du willst.“

„Morgen bin ich ja nicht mehr da, Hanna.“

„Ach so, morgen bist du nicht mehr da. Ich meine immer, daß du stets da sein sollst.“

„Ach nein. — Wie Hanna, teile diese seidenen Flecke ab, ich will sie dir doch hineinbringen lassen.“

„Ich weiß nicht, wie du heute bist, Viktor; die Dinge da sind ja so leicht, daß ein Kind das Befehls davon zu tragen vermöcht.“

„Es ist auch nicht wegen der Schwere, sondern ich möchte sie dir nur tragen.“

„Nun so frage einen Teil, ich werde sie gleich ordnen. Willst du schon in das Haus hineingehen, so raffen wir schnell zusammen, was noch da ist und gehen.“

„Nein, nein, ich will nicht hineingehen — es ist ja nicht so spät, ich möchte noch in dem Garten bleiben. — Und das von der Wörze ist es auch nicht allein, was ich dir zu sagen habe.“

„So sprich, Viktor, was ist es denn?“

„Die vier Tauben, die ich bisher ernährt habe — sie sind freilich nicht so schön, aber sie erbarmen mich doch, wenn sie nun niemand pflegt.“

„Ich will sorgen, Viktor, ich will ihnen den Schlag am

im Alter von 35 Jahren steht, hatte unlängst eine Reise nach Oesterreich gemacht. Als er zurückkam, begab er sich zu dem Bahnhofsvorsteher von Riberville und bot ihm, einen Einbilid in die Mobilisierungspläne zu gemähren, die der Bahnhofsvoorsther unter Siegel aufbewahrt. Er bot ihm dafür eine Entschädigung von 500 Franken an. Der Beamte bemächtigte die Polzei, die ihm rief, dem Abbé eine Besprechung zu gewähren. Sonntag nun kam der Geheime mit einem photographischen Apparat auf den Bahnhof. Der Beamte zeigte ihm die gemähnten Papiere, der Abbé machte mehrere photographische Aufnahmen und verließ dann den Bahnhof. In diesem Augenblick wurde er von der Polizei festgenommen. Bei der Untersuchung erklärte er, daß er für deutsche Rechnung gearbeitet habe.

Zur Beilegung der Finanzfrage des Zigarettenmonopols. Die Tägliche Rundschau teilt in einem längeren Artikel mit, daß im Reichsgericht die Vorlagen vorbereitet werden, die bestimmt sind, die Festsätze der kommenden Jahre zu decken. An erster Stelle dürfte danach das Reichszigarettenmonopol stehen, über das die endgültige Entscheidung erst im September fallen wird, wenn ein genaues Bild des Etats für 1915 vorliegt. Nach den Vorentwürfen ist das Zigarettenmonopol als Fabrikationsmonopol mit einem damit verbundenen freien Verkaufsmonopol gedacht. Das Deutsche Reich soll sämtliche großen und kleinen Fabriken in eigenen Betrieb übernehmen. Die größeren Fabriken sollen weiter betrieben, die kleineren stillgelegt werden. Das Reich tritt künftighin als Tabakkäufer auf dem Weltmarkt auf, doch sollen die bisherigen Großhändler an den Lieferungen beteiligt werden. Die Leiter und Angestellten der staatlichen Tabakfabriken sollen nicht den Charakter als Staatsbeamte erhalten, sondern nur zum Staat in ein vertragliches Verhältnis treten. Der Staat soll keine Produkte zu fest bestimmten Preisen an die Zwischenhändler abgeben und diese sollen die Verkaufsgeschäfte damit beforgen. Außerdem denkt man an die Errichtung von großen Niederlagen in den großen Städten. Sollte das Monopol kommen, so ist auch ein Sperrgesetz zu erwarten, das bestimmt, daß die Zigarettenproduktion von einem bestimmten Zeitpunkt ab für den Staat zu erfolgen hat und das weiter die Errichtung neuer Zigarettenfabriken unterjagt. Die Ablösungssumme wird auf 500 Millionen geschätzt, die im Wege einer Anleihe aufgebracht werden würden. Der Ertrag des Monopols wird auf 100—120 Millionen jährlich angenommen. Die bisherige Vandalensteuer auf Zigaretten würde selbstverständlich in Fortfall kommen. Die ausländischen Zigarettenprodukte, die jetzt für den Doppelzentner mit tausend Mark verzollt werden, würden künftighin eine erheblich stärkere Zollbelastung zu tragen haben, damit die Produktion des Reichs gestärkt wird. Neben dem finanziellen Ergebnis des Zigarettenmonopols würde ferner bewirkt, daß der englisch-amerikanische Tabaktrafik, der heute schon mehr als ein Viertel unserer Zigarettenproduktion „kontrolliert“, vollständig ausgeschaltet würde.

England.

Die Krone hat in den Witterkonflikt eingegriffen und Verhandlungen mit den Gesehensberähten angeknüpft. Die Verhandlungen sollen im Wuchingampalast, also dem Palast des Königs, geführt werden. Der Plan wurde gestern im Unterhause besprochen. Die Liberalen zeigen sich von der schwächlichsten Seite. Ihr Sprecher Redmond erklärte zwar, man lehne jede Verantwortung für die Konferenz mit den Witterleuten ab, fügte aber mit einem tiefen Winkeln nach oben hinzu, daß man dem königlichen Befehl gehorche. Der unabhängige Sozialist Gianell fragte, ob es einen Präzedenzfall dafür gäbe, daß der Premierminister dem König rate, sich selbst an die Spitze derjenigen zu stellen, die die Wünsche des Unterhauses bereitein wollen. Die unangenehme Frage wurde bezeichnenderweise mit Stillschweigen übergangen. Die Arbeiterpartei trat darauf im Unterhaus zu einer Sitzung zusammen und nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher gegen die Somerville-Konferenz protestiert wird, die eine Einmischung der Krone darstelle und bezwecke, die Ziele der Parlamentsakte zu zerstören. Andererseits wird behauptet, daß an dieser Konferenz

Morgen öffnen und am Abend schließen; ich will Sand streuen und ihnen Futter geben.“

„Dann muß ich dir noch für die viele Leinwand danken, die ich mitbekomme.“

„Am Gottes Willen, ich habe sie dir ja nicht gegeben, sondern die Mutter — auch haben wir ja noch genug in unseren Schreinen, daß wir ihren Abgang nicht empfinden.“

„Das kleine silberne Kästchen von meiner verstorbenen Mutter, weißt du, das wie ein Trübselchen aussieht, mit der durchgehenden Arbeit und dem kleinen Schlüsselchen, das dir immer so gefallen hat — das habe ich gar nicht eingepackt, weil ich es dir zum Geschenk dalasse.“

„Nein, das ist zu schön, das nehme ich nicht.“

„Ich bitte dich, nimm es, Hanna, du hast mir einen sehr großen Gefallen, wenn dir es nimmst.“

„Wenn ich dir einen großen Gefallen tue, so will ich es nehmen und dir aufheben, bis du kommst und es dir sorgfältig bewahren.“

„Und die Nellen pflege, die armen Dinger an der Planke — hörst du, — und vergiß den Spitz nicht; er ist zwar schon alt, aber ein treues Tier.“

„Nein, Viktor, ich vergesse ihn nicht.“

„Aber ach, das ist es ja alles nicht, was ich eigentlich zu sagen habe — ich muß etwas anderes sagen.“

„Nun, so rede, Viktor!“

„Die Mutter hat gesagt, ich möchte heute noch ein freundliches Wort zu dir sagen, weil wir öfter miteinander gesezt haben — ich möchte noch zu reden, ehe ich auf immer fortgehe — und da bin ich gekommen, Hanna, um dich zu bitten, daß du nicht auf mich böse seiest.“

„Wie redest du nur, ich bin ja in meinem ganzen Leben nicht böse auf dich gewesen.“

„D ich weiß es jetzt recht gut, du bist immer die Gequälte und Gebuldige gewesen.“

„Viktor, ängstige mich nicht, das ist dir nur Heule so.“

zwei Mitglieder teilnehmen die tatsächlich Rebellen seien, denn dies beweise, daß wiederum die Organisation einer Streitmacht amtlich als wirksamstes Mittel in industriellen wie in politischen Streitigkeiten angesehen wird.

Albanien.

Die Gesandten der Großmächte in Durazzo haben eine Einladung der Aufständischen angenommen, worin sie ersucht werden, am Mittwoch in Schijak zu erneuten Verhandlungen einzutreffen. Große Erwartungen wird man an diesen abermaligen Versuch einer diplomatischen Auseinandersetzung über die Forderungen der Aufständischen nicht knüpfen dürfen. Es gibt in Durazzo Beobachter, die der Meinung sind, die Aufständischen hätten die Einladung nur ergehen lassen, um ihre Forderungen nach Abdankung des Fürsten nochmals zu wiederholen, bevor sie aus ihrer bisherigen Untätigkeit hervortreten und zum entscheidenden Angriff gegen Durazzo übergehen.

Die Vertreter der sechs Großmächte erwiderten auf die aus dem Rebellenlager eingetroffene Einladung, zu Verhandlungen nach Schijak zu kommen, daß sie mit der Einleitung von Verhandlungen einverstanden seien, doch müsse als Verhandlungsort Durazzo gewählt werden. Wenn die Abgesandten der Aufständischen jedoch nicht genügend Vertrauen hätten, nach Durazzo zu kommen, so möchten sie sich am Mittwoch zu dem acht Kilometer östlich an der Durazzo-Wucht gelegenen sog. Sefsobianca begeben, um mit einem Boot auf ein dort liegendes Kriegsschiff gebracht zu werden, wo auch die Vertreter der Großmächte sich zu den Verhandlungen einfinden würden.

Welchen Grad die Anzugslichkeit in Durazzo erreicht hat, zeigt eine Meldung des Wiener Korrespondenzbureaus: Sonntag abend wurde ein über eine Stunde andauerndes lebhaftes Gesezt und Mitrailleurfeuer dadurch verursacht, daß in der Nähe der Vorporelllinie starke feindliche Patrouillen gesichtet wurden, die jedoch alsbald flohen. Von den Feinden wurde sonst keine Spur bemerkt. Gleich nach dem ersten Kanonenschuß wurden von dem österreichisch-ungarischen Kreuzer Kanthier und dem deutschen Kreuzer Breslau größere Marineabteilungen gelandet, die wieder wieder zurückgezogen wurden. Um 1 Uhr verließ die Nacht und der Montag tag. Montag ist abermals eine größere Militärabteilung abgereift.

Rumänien.

In der rumänisch-bulgarischen Grenze ereignen sich ununterbrochen Zwischenfälle, die Grenzsoldaten liefern einander in wahren Sinne des Wortes Feuergefechte. Allen gegenseitigen amtlichen lokalen Erklärungen zum Trost. Wie lange dieser Zustand noch andauern wird, ist noch nicht abzusehen. Er gibt die Möglichkeit zu weiteren ernstlichen Verwicklungen. Nachmittags-Ergebnisse meldeten gestern Montag in Bukarest: Neue Zusammenstöße fanden an der bulgarischen Grenze statt, wobei die Bulgaren die Angreifer waren. Die Rumänen hatten keine Verluste. Bei Wladimirov fielen heute früh drei Bulgaren im Kampfe mit der rumänischen Grenzwehr, die angegriffen wurde. Die Agence Bulgare berichtet: In der der rumänischen Gesandtschaft überreichten Verbalnote bezieht die bulgarische Regierung auf einer internationalen Enquete über die jüngsten Zwischenfälle an der rumänisch-bulgarischen Grenze durch die ausländischen Militärattachees in Sofia und Bukarest je nach Wunsch der rumänischen Regierung.

Die mit der Festlegung der neuen serbisch-bulgarischen Grenze betraute Kommission beginnt ihre Arbeiten am 28. Juli.

Lokales.

Hilfingen, 17. Juli.

Uebersundenarbeit auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven.

Die organisierte Arbeiterschaft betrachtet als eine ihrer wichtigsten Aufgaben die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch die Arbeiter der Kaiserlichen Werften haben für

„Nein, du warst immer gut, ich dachte es mir nicht so. Göre mich an, Hanna, dir will ich mein ganzes Herz ausschütten: ich bin ein unbeschreiblich unglücklicher Mensch.“

„Heiliger Gott! Viktor, mein lieber Viktor! Was ist dir denn so schwer?“

„Siehst du, den ganzen Tag hängen mir die niederziehenden Tränen in dem Saupste, ich muß sie zurückhalten, daß sie mir nicht aus den Augen fallen. Als ich nach dem Mittagessen an dem traurigen Wasser und dem Buchengehänge hinaufging, war es nicht eigentlich Regenwelle, sondern, daß mich nur keine Augen anschauen möchten — und da dachte ich mir: ich habe doch gar niemand auf der ganzen großen weiten Erde, keinen Vater, keine Mutter, keine Schwester. Mein Oheim bedroht mir meine wenigen Fähigkeiten, weil ihm mein Vater schuldig war, und die einzigen, die mir Gutes tun, muß ich verlassen.“

„D Viktor, lieber Viktor, fräule dich nicht zu sehr. Dein Vater und deine Mutter sind freilich gestorben; aber das ist schon lange her, daß du sie kaum getraut hast. Dafür hast du eine andere Mutter gefunden, die dich so liebt, wie eine wahre — und du hast ja selber keine Klage wegen der verstorbenen getan. Daß wir jetzt scheiden müssen, ist sehr, sehr traurig; aber beschuldige dich nicht an Gott, Viktor, der uns die Prüfung auferlegt hat. Trage sie ohne Wutren — ich trug sie auch schon den ganzen Tag her und murkte nicht; ich hätte sie auch getragen, wenn du gar nicht mehr zu mir gekommen wärest, um mit mir zu reden.“

„O Hanna, Hanna!“

„Und wenn du auch fort bist, werden wir sorgen, was wir dir schicken sollen, wir werden dir sich beten und ich werde alle Tage in den Garten gehen und auf die Berge schauen, über die du fortgegangen bist.“

„Nein, tue es nicht; sonst wäre es gar zu kluglich.“

„Warum denn?“

(Schluß folgt.)

Diese Forderung wiederholt in nicht mißzuerstehender Weise demonstriert; es sei dabei nur an die großen Werftarbeiter-Veranstaltungen, welche im Frühjahr 1906 in Kiel und Wilhelmshaven stattfanden, erinnert. Der Erfolg dieser Bewegung war dann auch die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit auf den Marinewerften am 30. Juli 1906. Die Werftarbeiter glaubten damit einen Schritt vorwärts gekommen zu sein auf dem Wege zum Achtstundentag, doch recht bald mußten sie einsehen, daß die Arbeitszeiterhöhung für eine erhebliche Anzahl von Werftarbeitern wieder befestigt würde durch die Einführung bzw. Steigerung der Ueberstundenarbeit.

In welcher Weise solche auf der Werft in Wilhelmshaven in den letzten Jahren geleistet worden ist, sei hier nur an einigen Zahlen erläutert: Im Jahre 1912 sind rund 1 1/2 Millionen, im Jahre 1913 rund 1 1/2 Millionen Ueber-, Sonn- und Festtagsstunden (außerhalb der normalen Arbeitszeit) geleistet worden! Im Jahre 1914 ist es nicht besser, sondern eher noch schlechter geworden, es vergeht kein Monat, in dem nicht 120 bis 130 000 Ueber-, Sonn- und Festtagsstunden gearbeitet werden. In einzelnen Betrieben ist gewissermaßen die 11- bzw. 12stündige Arbeitszeit zur Regel geworden. Was das heißt, bei der gegenwärtigen Hitze 11 bis 12 Stunden täglich die schwere, zumteil höchst ungesund und schmerzliche Arbeit (Vorbereitung) zu verrichten, vermag nur derjenige zu beurteilen, der selbst darin tätig ist! Die Wirkungen äußern sich in völliger Erschöpfung und Abgespanntheit, mit einem Wort: lähmnd an Körper und Geist!

Es soll heute auf die Nachteile der Ueberstundenarbeit durchaus nicht besonders eingegangen werden, es sei aber doch noch auf einen Umstand hingewiesen, welcher von den Werftarbeitern ganz besonders beachtet zu werden verdient, nämlich den, daß durch diese ein Einkommen erzielt wird, welches gekniffen ist, den Arbeiter über seinen regulären Stundenlohn hinwegzuführen! Die Höhe der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiter und auch die Anfangsgehälter der Handwerker erreichen noch nicht einmal den hier in Wilhelmshaven-Rüstringen ortsüblichen Tagelohn von 4 Mark! Sie betragen nämlich 3,24 bis 3,87 Mark pro Tag ohne Afford und Ueberstundenverdienst! Daß durch das Ueberstundenwesen bzw. den dadurch abhängigen Mehrverdienst die Erkenntnis der niedrigen Löhne schwer zum Bewußtsein der Arbeiter kommt, ist nur zu leicht erklärlich. Trotzdem hat die Arbeiterklasse wiederholt in Versammlungen und durch ihre Vertreter im Reichstag gegen das Ueberstundenwesen protestiert, doch ohne jeden Erfolg, gerade das Gegenteil tritt in Erscheinung!

Auf die Beschwerde im Reichstag erwiderte der Geheim-Admiralitätsrat Harms: Die Marinewerften seien im gewöhnlichen Sinne Schanzenbetriebe. Treten ähnliche Anforderungen an sie heran, so müssen dazu alle Leute an die Arbeit, „dabei sind Ueberstunden nicht ganz vermeidbar“! Entweder man stellt für alle Arbeiter ein (dies dürfte schon deshalb schwer möglich sein, weil für einzelne Berufsgruppen wie z. B. Mechaniker oder Kesselstichter usw. nicht genug zu haben sind wegen den niedrigen Anfangsgehältern!) und läßt nicht mehr wie neun Stunden arbeiten, oder man ribelliert und ruht den Arbeiterstand auf einer gewissen Höhe zu halten, in dem einen Falle hat man einen dauernd fuhrernden Arbeiterstand, in dem andern Falle macht man Ueberstunden! Hier ist nicht leicht, das richtige Maß zu finden!

Nach dieser Artfertigung ist der Ueberstundenarbeit keine Schranke gesetzt! Trotz der wiederholten Anweisung des Reichsmarineamtes an die Werften, daß Ueberstunden eine Ausnahme bilden sollen, werden aber Anforderungen an die Werften gestellt, daß diese, um denselben zu entsprechen, immer mehr zu der Ueberstundenarbeit zu greifen sich gezwungen sehen.

Bei erstem Willen des Reichsmarineamtes, dem Ueberstundenwesen auf den Marinewerften Einhalt zu gebieten, ließen sich sehr wohl Mittel und Wege finden, Mithilfe zu schaffen. Es werden z. B. an einer Anzahl Docks, Nebelver- und Wartungsbänke für den laufenden Bedarf nahezu zu ganze Jahr hindurch in Ueberstunden gearbeitet, in diesem Falle ließen sich die Ueberstunden durch Betriebsverweiterung sofort beseitigen.

Eine Anzahl Privatbetriebe hat schon längst den Achtstundentag eingeführt, ebenso hat die französische Regierung für die Staatsbetriebe die sog. englische (durchgehende) Arbeitszeit zur Einführung gebracht, sicher aus der Erkenntnis, daß zur Erhaltung eines leistungsfähigen Arbeiterstandes die Arbeitszeit auf das Mindestmaß zu beschränken ist, um dem Arbeiter Gelegenheit zu geben, sich in der freien Natur zu erholen. Auf den Marinewerften, besonders auf der Wilhelmshavener, muß man dagegen konstatieren, daß den Arbeitern nicht nur die durchgehende Arbeitszeit entzogen, abgelehnt wird, sondern auch, daß man an der neunstündigen Arbeitszeit nicht genug hat, es müssen noch jeden Tag zwei bis drei Ueberstunden gearbeitet werden!

Daß die Marineverwaltung trotz der Ueberstundenarbeit aber dem Ideal „der Vermeidung des fluktuierenden Arbeiterstandes nicht näher kommt“, beweist, daß in einzelnen Betrieben neben der bisherigen Ueberstundenarbeit bereits das Gespenst der Arbeiterentlassung wegen Arbeitsmangel umgeht!

Aus obigen Darlegungen ist zu ersehen, daß das Reichsmarineamt nicht gewillt ist, dem Juge der Zeit zu folgen, und eine Arbeitszeiterhöhung einzuführen, noch nicht einmal ernstlich die Beseitigung der nicht umungänglichen Ueberstundenarbeit betreibt.

Wollen die Arbeiter auf den Marinewerften, daß auch ihre Wünsche und Forderungen eine größere Beachtung finden, so müssen sie sich immer mehr ihrer freigewerkschaftlichen Organisation anschließen, denn nur dadurch werden sie in der Lage sein, ihren Wünschen und Forderungen die ihnen gebührende Beachtung zu verschaffen!

Wohnungsbeschaffung. Die Baugenossenschaft Daheim, die beim Schützenhof lässliches Gelände erworben hat, um für ihre Mitglieder Wohnungen zu schaffen, wird demnächst mit dem Bau von 23 Häusern beginnen. Die Wohnungen sollen am 1. Januar 1915 bezogen werden können. Es ist sehr zu wünschen, daß diese Erwartung eintreift und daß auch der Bau der Arbeiterwohnungen am Kanal an der Torpedowerft bald begonnen wird, um die Nachfrage nach kleinen Wohnungen zu befriedigen. Der immer noch herrschende Mangel an kleinen Wohnungen hat wieder etlichen Hauswirten Gelegenheit gegeben, den Preis ihrer Wohnungen zum 1. Juli oder zum 1. Oktober zu steigern.

Rüstringer Sommertheater. (Aus dem Theaterbureau.) Heute Dienstag findet die letzte Wiederholung des interessanten Stückes Das Mädchen ohne Ehre statt. Die beliebte Operette Wie einst im Mai kommt am Mittwoch im Variété Metropol noch einmal zur Aufführung. Die Erstaufführung des französischen Dramas Die fremde Frau (La femme X...) mit Clara Michels-Riesel als Gast in der Titelrolle ist am Donnerstag den 23. Juli. Einlaßkarten sind schon heute in den Zigarrengeschäften von Wajem, Süderstraße, und Niemeyer, Marktstraße, sowie im Theater zu haben.

Variété Adler. Seit Sonnabend gibt das Schmitzsche Ensemble den Schwant Sündenböcke von J. Schöglers-Parasini in zwei Akten. Wie alle übrigen Aufführungen wurde auch diese wieder recht gut herausgebracht. Das Motiv zu dem lustigen Stück ist einfach, wird aber nach und nach verwickelt und gibt im Laufe der raschen Handlung die prächtigsten Verwickelungen. Besonders der zweite Akt ist recht wirkungsvoll infolge seiner köstlichen Szenen und feiert bis zum Schluß. Das Publikum amüsierte sich sehr gut und quittierte mit reichem Beifall. Hervorhebung verdient auch noch die aparte Ausstattung. Nach dem frohlichen Schwant Sündenböcke wird die schon erwähnte zweifelhafte Burleske Der Prinz von Marokko gegeben, die den anderen gegebenen Stücken nichts nachsteht.

Wilhelmshaven, 21. Juli. Auf einem Dienstage schwer verletzt wurde der Selbstbrieffräger E. In der Müllerstraße wurde er von einem schwebewundenen Pferde zu Boden geworfen. Mit anscheinend schweren Verletzungen wurde er in seine Wohnung geschafft.

Der Transpordampfer Katriza, der mit 1450 Personen, den abgelösten Marinemannschaften und Offizieren von der ostjapanischen Flottenstation unterwegs ist, wird heute abend gegen 8 Uhr auf der hiesigen Reede eintreffen.

Verhaftung einer Diebin. Wegen mehreren Diebstählen wurde hier eine Vertha Milkon, die sich auch Martha Förster nannte, 18 Jahre alt, gebürtig aus Neu-Wegersleben, festgenommen. In ihrem Versteck wurde ein blaues Kleid mit Erdmefarben, ein weißes Kleid mit bunten Aufschlägen und ein weißer Hut mit roten und braunen Schleifen gefunden. Ueber die Herkunft der Sachen macht die Verhaftete zweifelhafte Angaben. Es ist wahrscheinlich, daß sie gestohlen sind. Das blaue Kleid wird sie aus einem Schrank entwendet haben. Etwa Geschädigte werden ersucht, sich auf der Kriminalwache in der Wallstraße zu melden.

Festgenommener Fledderer. Gestern, am 20. Juli, wurde ein Mann festgenommen, der an der Kaiser-Wilhelmbrücke einen schlafenden Uhr und Kette entwendete. Der Geschädigte ist noch nicht bekannt, er kann sich bei der Kriminalpolizei in der Wallstraße melden.

Die überreichten Diebstahle. Am Sonntag abend überreichte die Polizei zwei Gelegenheitsarbeiter, als sie etwa 50 gestohlene Eier in ein Versteck bringen wollten.

Das marinefreundliche Karlsbad oder — man wirft mit der Wehrkraft nach dem Schinken. Der Stadtrat des Stadt Karlsbad hat dem Staatssekretär des Reichsmarineamts folgendes Anerbieten gemacht: Alljährlich sollen fünf deutschen Marineoffiziere im Range vom Kapitänleutnant abwärts, die durch den Dienst in den Tropen furchbar erkrankt worden sind, die Kurmittel von Karlsbad zur freien Verfügung stehen. Diese Offiziere sollen von der Entrichtung der Kurtage entbunden sein und in den städtischen Badeanstalten das Gärtnereit besitzen. Der frühere deutsche Sanitäts-offizier Marineattaché a. D. Dr. Eckstein in Karlsbad hat sich ferner bereit erklärt, die Herren in unentgeltliche Behandlung zu nehmen. Der Staatssekretär hat dies Anerbieten selbstverständlich mit warmem Danke angenommen.

Von der Marine. Der Erfolg des alten Schlep- und Pumpendampfers „Boreas“ ist am Sonnabend hier eingetroffen. Das Schiff ist auf der Meyerschen Werft in Papenburg erbaut worden.

Auf dem Schultorpedoboot S 87, das bei Karlsruha die Nacht Juma zu schleppen hatte, sprang ein Koller ab, wodurch drei Leute der Besatzung schwer verletzt wurden.

Aus aller Welt.

Luftmord in Berlin? Sonntag abend kurz nach 8 Uhr wurde ein junges Mädchen von etwa 17 Jahren von einem Sattlermeister, der ein Laubengelände in der Seestraße besitzt, tot aufgefunden. Ihre Bluse war zerrissen und der Oberkörper fast ganz entblößt. Im Kopfe hatte sie eine Wunde. Wer die Tote ist, weiß man noch nicht. Der Laubengelände sah sie zum erstenmal am Sonnabendvormittag. Neben seiner Laube hat er noch einen Verschlag, der mit wildem Wein dicht umspunnen ist. In diesem Verschlag lag das junge Mädchen und bat den Mann, ihm zu gestatten, daß es sich dort aufhalte. Mehrere junge Burshen läßen sie verfolgen, und aus Angst vor ihnen lie sie dorthin gelaufen und habe sich in dem Verschlag versteckt. Der Sattlermeister gestattete dem Mädchen auch den Aufenthalt. Als er Sonntagvormittag wieder das Gelände aufsuchte, war das Mädchen immer noch da. Abends aber fand er sie tot. Die Revierpolizei benachrichtigte sofort die Nordkommission, die auch bald erschien. Außerdem war der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Strauch zur Stelle, der die Leiche untersuchte, aber die Todesursache nicht bestimmt

feststellen konnte. Nach dem äußeren Befund jedoch handelt es sich um einen Luftmord, der wahrscheinlich von den Burshen begangen worden ist, vor denen sich das Mädchen, wie es sagte, fürchtete. Die weiteren Nachforschungen und Untersuchungen des rätselhaften Verhältnisses in der Seestraße hat keine weitere Klärung bringen können. Es kann sich ebenfugot um einen natürlichen Todesfall wie um ein Verbrechen handeln. Die Person der Toten ließ sich auch noch nicht feststellen. Die genauere Untersuchung der Toten hatte ein geradezu entsetzliches Ergebnis. Es zeigte sich, daß das Mädchen nicht nur am Kopf, sondern auch am Unterleib voller Maden war. Medizinalrat Dr. Strauch sprach die Ansicht aus, daß die Person diese schon zu Lebzeiten hatte. Es handelt sich danach um ein Geschöpf, das am lebendigen Leibe verkauft ist. Auch die Kopfunde und andere offene Stellen rühren von den Maden her. Obwohl durch die außerordentliche Wärme der Verwesungsprozess ungemein schnell fortgeschritten, so ist es doch wohl völlig ausgeschlossen, daß er erst nach dem Tode des Mädchens begonnen hat. Sein Tod ist erst in den Nachmittagsstunden eingetreten, denn noch um 2 1/2 Uhr nachmittags ist es gesehen worden, wie es im Sande vor der Laube lag. Als es gegen 8 Uhr abends tot aufgefunden wurde, lag es mit der linken Kopfseite auf einem alten Mülleimer. Man nimmt jetzt an, daß es sich im Todeskampf vielleicht selbst die Bluse zerrissen hat. Da eine vollständige Klärung der Frage, ob ein Verbrechen vorliegt oder nicht, nicht herbeigeführt werden konnte, so hat die Kriminalpolizei, nachdem sie die Leiche photographiert hatte, zur Obduktion nach dem Schauplatz bringen lassen. Die Tote ist ungefähr 17 Jahre alt, doch kann sie auch schon älter, vielleicht sogar bis 25 Jahre alt sein. Sie ist 1,60 bis 1,62 Meter groß und schlant, war nicht schlecht genährt, hat dunkelblondes Haar und graublaue Augen und trug einen schwarzen Cheviotrock, eine blaue Kimonobluße mit schwarzem Kragen, schwarze, defekte Schmitzschuhe und schwarze Strümpfe. Ein Hemd oder sonstige Unterleider trug sie nicht.

An die Parteigenossen Odenburg-Diffrieslands.

Nachdem laut Organisationsstatut der Vorort Rüstringen die Ergänzungsarbeiten zum Bezirksvorstand vorgenommen hat, ist die Konstituierung desselben erfolgt. Alle Zuschriften und Geldsendungen für die Bezirks- und Zentralfasse sind an die persönliche Adresse des Sekretärs, Genossen Jul. Meyer in Rüstringen, Peterstraße 76, zu adressieren.

Werte Genossen! Indem wir die Konstituierung des Bezirksvorstandes mitteilen, erinnern wir an die Beschlässe der letzten Bezirksparteitage, nach welchen an allen Orten Zeitungskommissionen eingesetzt werden sollen, um für eine systematische Ausbreitung des Nord. Volksblattes zu wirken und die Expeditionen zu unterstützen.

Wir erinnern ferner daran, daß die Ortsvereine die Werbearbeit auch ferner eifrig zu betreiben haben, um die Organisationen zu stärken. Nach wie vor ist die Situation so, daß uns harte Kämpfe bevorstehen, um der deutschen Arbeiterklasse die Grundrechte Koalitionsrecht und Wahlrecht zu erhalten, zu erringen und zu wehren. Ohne Zweifel ist das Koalitionsrecht in Gefahr. Es zu schützen muß alles aufgegeben werden, müssen wir überall jederzeit bereit sein.

Also frisch und eifrig von neuem an die Agitations- und Organisationsarbeit.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Bezirkes Odenburg-Diffriesland.

Paul Hug, Vorsitzender. J. Meyer, Sekretär.

Neueste Nachrichten.

Cottbus, 21. Juli. Der Regierungspräsident will sich mit den maßgebenden Organisationen der beiden kämpfenden Parteien in Verbindung setzen, um auf dem Verhandlungsweg den Konflikt beizulegen.

Dresden, 21. Juli. Das Justizministerium Sachsens erklärt, daß es den Zurückweisungen der Geschworenen durch die Schöngewichtsvorstände fernstehe und sie nicht billige.

Paris, 21. Juli. Im Prozeß Caillaux behauptete die Angeklagte im Verhör, sie habe nicht die Absicht gehabt, Calmette zu töten, sondern die Tat sei in der Erregung geschehen. Sie habe nicht gewußt, was sie tat. Diese Angaben werden nur schwach durch die Befundungen der bei verhaftenden Polizeibeamten gestützt.

Reval, 21. Juli. Die Hafenarbeiter streifen. Sie fordern Lohnerhöhung. Die Entladung der Schiffe steht still.

Toulouze, 21. Juli. Zwei Personenzüge sind hier zusammengestoßen. Vier Wagen wurden zertrümmert, sechs Personen getötet und dreißig verletzt.

Mexiko, 21. Juli. General Rosalvo Orozco hat nördlich von Aguas Calientes mit 4000 Mann eine neue Revolution gegen die Bundesregierung begonnen. Er wird von General Francisco Cardenas unterstützt, der sich bereit macht, in den Staat Michoacan einzudringen. — Wie gemeldet wird, werden alle Mitglieder des diplomatischen Korps, die bei Guertza beglaubigt waren, nach Errichtung der provisorischen Regierung abberufen werden. Der deutsche und der russische Gesandte haben erklärt, daß sie um Urlaub nachsuchen werden. — Guertza und Blanquet sind gestern abend an Bord des deutschen Kreuzers Dresden nach Zamaifa abgereist.

Weiterbericht für den 22. Juli.

Warm, meist ruhig, vielfach heiter, streichweise Gewitter, sonst trocken.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Günlich — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Hierzu eine Beilage.

Zur Bergarbeiterbewegung im Wurmrevier.

Die Öffentlichkeit ist von dem neuerlichen Zusammengehen der bestehenden 4 Bergarbeiterorganisationen etwas überrascht worden. Vielfach wurde angenommen, daß es nach den Vorgängen im Frühjahr 1912 ausgeschlossen sei, daß es noch einmal zu einem gemeinsamen Vorgehen aller Bergarbeiterorganisationen kommen würde. Jeder, der jedoch den Bergleuten eine Erleichterung ihrer Lebenslage wünscht, war sich darüber klar, daß über kurz oder lang doch notwendig sei, daß sich die bestehenden Bergarbeiterverbände, alle Gegenstände und früheren Vorurteile beiseite, wieder zusammenfinden müßten, denn sonst war gar nicht daran zu denken, daß den berechtigten Wünschen der Bergleute Nachdruck verschafft würde. Nur eine einzige Bergarbeiter-Gesellschaft kann den Herrenmenschen im Bergbau etwas abtrotzen. Nun haben die Vorgänge im Wurmrevier die Bergarbeiterorganisationen zusammengebracht. In diesem Reviere arbeiten ca. 15 000 Bergarbeiter. Es kommen hauptsächlich nur zwei Grubengesellschaften in Frage. Die größte ist der Schwelmer Bergwerksverein. Auf den Gruben dieser Gesellschaft hat besonders seit Beginn des zweiten Quartals dieses Jahres eine sehr scharfe Gebirgs- und Lohnreduzierung eingeleitet. Aber auch im vierten Quartal 1913 und im ersten Quartal 1914 waren die Löhne bereits heruntergedrückt worden. So betragen die Durchschnittslöhne pro Schicht: Für alle Arbeiter im dritten Quartal 4,97 Mk. und im vierten Quartal 4,92 Mk., im ersten Quartal 4,88 Mk. Für die Gauer und Lehnhauer stellen sich die Löhne in obigen Quartalen auf 5,73, 5,64 und 5,57 Mark pro Schicht. Nach den vorliegenden Lohnzetteln und Lohnstatistiken wird das zweite Quartal ein bedeutend größeres Sinken der Löhne aufweisen. Durch die Kürzung der Löhne im vierten Quartal 1913 und im ersten Quartal 1914 sind den Wurmbergleuten schon 157 500 Mark Löhne entgangen. Dagegen hat die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien keine Verbilligung erfahren, ja, die Grubenverwaltungen sind verschiedentlich sogar dazu übergegangen, die Mietpreise für die Werkhöhlen in die Höhe zu setzen. Dieselbe Werksleitung, die die Löhne reduziert, erhöht die Wohnungsmieten! Weiter kann es nimmer gehen. Und dies geschieht von einer Gesellschaft wie dem Schwelmer Bergwerksverein, der so kapitalkräftig da steht und unter so günstigen Bedingungen arbeitet, daß der Direktor in der Generalversammlung am 13. März 1913 in Köln ausführte:

„Die Gefahr für die Streikenden würde nicht nur von der Buralager Gruppe, sondern auch durch die Erträge des Schwelmer Unternehmens selbst geleistet. Die Vorräte der Gesellschaft an Kohlen sichern eine Ausbeute für Jahrs hunderte, selbst bei gesteigerter Forderung.“

In derselben Generalversammlung erfolgte die Fusion der vereinigten Stüttenwerke Buralager-Grubendungen mit dem Schwelmer Bergwerksverein. Die Herren Aktionäre der Schwelmer Gesellschaft waren so sehr von der Prosperität der Bergwerksanlagen überzeugt, daß sie sich für die nächsten 30 Jahre eine Durchschnittsdividende von 13,2 Prozent notariell sicherten. Aber auch in der Vergangenheit haben die Herren Aktionäre nicht schlecht eingeerntet; denn sie erhielten in den letzten 30 Jahren eine Durchschnittsdividende von 9,2 Prozent ausgeschüttet. Wenn wir die Zeit seit Bestehen des Kohlenpreises (20 Jahre) nehmen, dann sind es sogar 11,9 Prozent! Wir sehen also, daß die Bergleute es bisher verstanden haben, den Herren Aktionären gute Löhne herauszuwirtschaften, und kann man es den Knappen nicht verdenken, wenn sie jetzt mal an sich selber denken und sich gegen die Lohnreduzierung zur Wehr setzen. Im Laufe der Woche vom 12. bis 18. Juli haben nun für alle Gruben Delegationsversammlungen stattgefunden. Der Besuch war ein überaus starker. Überall wurde es freudig begrüßt, daß die Verbände sich zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden hätten. In allen Versammlungen wurden die Arbeiterausschüsse beauftragt, folgende Forderungen den Verwaltungen zu unterbreiten:

1. Das Gebirge ist so zu bemessen, daß der Gauer nicht unter 5,70 Mark pro Schicht verdient. — Beim Abschluß des Gebirges ist den Arbeitern ein größeres Mitbestimmungsrecht einzuräumen, damit die tatsächlichen Verhältnisse mehr berücksichtigt werden.
2. Die Löhne für Zimmerhauer und sonstiger Arbeiter sollen wieder auf den Stand gesetzt werden, den sie vor der jetzigen Lohnkürzung hatten.
3. Bei Verfassung wegen unreiner Ladung oder Mindermaß sollen die tatsächlichen Maß- und Streckenverhältnisse mehr als bisher berücksichtigt werden.

Außer diesen allgemeinen Forderungen hat jede Bergschaft noch eine Reihe besonderer Wünsche und Beschwerden. Soffen wir, daß bei den in nächster Zeit stattfindenden Verhandlungen der Arbeitsausschüsse mit den Grubenverwaltungen es gelingt, die Wünsche der Arbeiter zur Geltung zu bringen. Worauf ist der Bezug nach dem Wurmrevier bei Nachen streng fernzuhalten.

Parteinachrichten.

Zur Einigung der polnischen und russischen Sozialdemokratie. Die Einigungskonferenz nahm nach dreitägiger Beratung eine Resolution an, die die Vorbedingungen für die Einigkeit ausrichtete und zur Vorarbeit die russischen Organisationen für Verwirklichung der Einigkeit aufforderte, einen russischen Kongress einzuberufen, an dem alle Gruppen teilnehmen. Der Kongress soll über Interpretation und Programmforderungen beraten und Details der Gesamtorganisation

schließen. Die Abstimmung nach Gruppen ergab 9 Stimmen für die Einigungsresolution und zwei Enthaltungen der Zentrumfraktion. Die Einigungsresolution für die polnische Sozialdemokratie wurde einstimmig angenommen. Ansehe begrüßte die im Mariage befindliche Einigung des russischen Proletariats; sein Ruf: „Es lebe die Einigkeit!“ erweckte den zentralistischen förmlichen Beifall.

Der Bericht des württembergischen Landesvorstandes an die am 25. und 26. Juli in Göttingen stattfindende Landesversammlung gibt in einer stattlichen Broschüre ein erschöpfendes Bild von der im letzten Jahre geleiteten Parteiarbeit. Bei den Reichswahlen zum Landtag, deren vier stattfanden, hatte die Partei in Gerabronn und Tüdingen keine Stimmeneinbußen zu verzeichnen, in Rothweil steigerte sie ihre Stimmenzahl und gab die Entscheidung bei der Verdrängung des übermächtigen Zentrums aus dem Mandatsgebiet. Das einzige Mandat, das wir bei den Reichswahlen zu verteidigen hatten, das für Stuttgart-Land, ist trotz eines heftigen Sturmwindes der vereinigten Gegner gehalten worden; unsere Stimmenzahl ist jedoch unter dem Einfluß des Kandidatenwechsels und den Begleitumständen des Wegzuges des bisherigen Abgeordneten, Gen. Silberbrand, um 1068 gesunken. Trotzdem dürfen sich die Gegner auch für die Zukunft auf dieses Mandat keine Hoffnung machen.

Der allgemeinen Agitation dienten 1166 öffentliche Versammlungen, die sich zum Teil mit der Militärfraktion, dem Koalitionsrecht und mit dem neuen Kurs in Württemberg beschäftigten. Der Landtags-Kalender wurde in 45 000, der Bericht der Landtagsfraktion in 10 000 Exemplaren verbreitet. Außerhalb der roten Woche kamen 12 Flugblätter in 460 000 Exemplaren zur Verbreitung, darunter 80 000 zum Frauentag. Der Frauentag wurde besonders aufmerksamer behandelt. Entsprechend einem Beschluß der vorjährigen Landesversammlung ist eine Frauenagitationskommission für das ganze Land gegründet worden. In der roten Woche wurden 90 000 Flugblätter verbreitet. 274 Ortsvereine veranstalteten eine Hausagitation und gewannen zusammen 4415 männliche und 786 weibliche Mitglieder, ferner 4315 Abonnenten der Parteipresse. Die Wirtschaftskrise hatte im Laufe des Winters einen Mitgliederzuwachs herbeigeführt, der durch den Gewinn in der roten Woche mehr als ausgeglichen wurde. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 36 104 auf 36 120, die der weiblichen von 3298 auf 3810. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist mit 39 930 mehr als doppelt so hoch als im Jahre 1909. Bei den Gemeinderatswahlen wurde die Zahl unserer Vertreter um 20 gesteigert. Es antizipieren zurzeit im Lande 360 sozialdemokratische Gemeinderäte und 469 Bürgerausschüßmitglieder. Den Parteigenossen wird empfohlen, künftig auch der Werbung der Bezirksräte, die in den Amtsversammlungen durch Delegierte der Gemeindefolgen gewählt werden, größere Aufmerksamkeit zu schenken. — Der Kassensbericht teilt mit, daß am Jahresschluß der Wochenbeitrag von 10 Pf. für 72,4 Proz. der Mitglieder durchgeführt war, gegen 41,2 Proz. im Jahre 1909. Der Kassenaufschlag balanciert mit 86 606,17 Mk. und weist einen Bestand von 19 856,44 Mk. auf. Im Maifonds befinden sich außerdem 17 778 Mk. gegen 11 662 Mk. im Vorjahr.

Der Landesvorstand ist dem Auftrag des vorjährigen Landesvorstandes nachgekommen und hat gemeinsam mit dem Landesauschuß und den Kreisvorsitzenden das Vertretungsrecht der Mitgliedschaften auf der Landesversammlung einer Prüfung unterzogen. Das Ergebnis ist, daß die große Mehrheit der an der Beratung beteiligten Genossen eine Änderung im Parteinteresse nicht für geboten hält; trotzdem wird der Landesversammlung für den Fall, daß sie eine Änderung beschließt, eine Vorlage unterbreitet werden, die die Gesamtzahl der Delegierten beschränkt, das Recht der schwächeren Organisationen aber nicht zu sehr beschränkt. — Einen breiten Raum in der Tätigkeit des Landesvorstandes nahm die Prüfung der Beschwerden über die Presse ein, an der die Pressekommision gleichberechtigt mitwirkte. Dieser Teil des Berichts gibt einen flüchtigen Einblick in die Parteibühnen. Der Ausschluß wurde gegen 108 Parteimitglieder erfaßt. Zur Erlebung von Prekedenzen wurde der Landesauschuß nicht in Anspruch genommen. Das Druckereinteressen der Schwab. Landtag hat sich günstig weiterentwickelt. Die Provinzialblätter weisen darüber keine Fortschritte auf.

Der Bezirksbildungsaußschuß berichtet ebenfalls von einer sehr lebhaften Tätigkeit. Im ganzen Lande bestehen 25 Bildungsaußschüsse, die teilweise für ein größeres Gebiet zuständig sind und benachbarte Orte zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammenfassen. Diese lokalen Ausschüsse werden vom Bezirksbildungsaußschuß reger unterstützt. Alljährlich findet eine Konferenz von Vertretern aller Bildungsaußschüsse statt.

Bezirksparteitag für das westliche Westfalen. Am Sonnabend und Sonntag tagte in Reddinghausen der Parteitag für das westliche Westfalen. Zum Bezirke gehören die acht Wahlkreise Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen, Recklinghausen-Worfen, Hamm-Soest, Warendorf-Lüdinghausen, Münster-Coesfeld, Haus-Tecklenburg, Arensburg-Diße-Meschede. Der Bericht der Bezirkskommission umfaßt fast drei Jahre; der letzte Parteitag fand drei Monate vor den letzten Reichstagswahlen statt. Aus dem Bericht, den Bezirkssekretär Genosse König gab, geht hervor, daß 1912/13 der Mitgliederstand 21 802 betrug und seitdem auf 25 079 gestiegen ist. Das bedeutet einen Gewinn von 3277. Es muß aber bemerkt werden, daß seit 1912/13 insgesamt 22 772 männliche und weibliche Mitglieder aufgenommen worden sind. Es sind also 18 852 Mitglieder verzogen, ein Beweis der ungeheuren Fluktuation, die im Industriebezirk herrscht. Die Hausmasse der Mitglieder sitzt in den Kreisen Dortmund-Hörde (8902),

Bochum-Gelsenkirchen (6598), Recklinghausen-Worfen (4439), Hamm-Soest (2537); der Rest verteilt sich auf die schwachen Wahlkreise des Münster- und des Sauerlandes, von denen Warendorf-Lüdinghausen mit 1227 Mitgliedern noch am günstigsten steht. Der Stand der Frauenbewegung ist im Vergleich zu anderen Bezirken recht gut zu nennen, ein Viertel der Mitgliedschaft sind Genossinnen. Die Presse hat sich gut entwickelt, in der roten Woche wurden allein 3680 neue Abonnenten gewonnen. Die Bezirkskommission hat seit dem letzten Parteitag als Agitationsmaterial an Flugblätter, Broschüren usw. etwa 8 Millionen Exemplare unter die Massen geworfen, bei der letzten Reichstagswahl allein über 3 000 000 Exemplare. Es ist ungeheuer viel geleistet worden, aber die Agitation, die Werbearbeit muß noch intensiver betrieben werden, wenn wir Fortschritte machen und die Pläne der Gegner durchkreuzen wollen. Mit den kostbarsten Mitteln werden wir bekämpft und in manchen Bezirken wird die Abtreibung der Versammlungslokale, der Boykott der Presse systematisch organisiert. In der Berichtszeit wurden 960 öffentliche und 5937 Mitglieder- versammlungen abgehalten. — Der Kassensbericht ergab ebenfalls den Nachweis, daß die Organisation sich gut entwickelt. In den letzten Jahren sind die Beiträge in allen Kreisen besser eingegangen als früher, namentlich als im Vorjahr, wo die Bewegung schwer daniederlag, infolge des unglücklichen Bergarbeiterstreiks. Im Jahre 1907/08 wurden erst 125 000 Monatsbeiträge gezahlt, im letzten Jahre aber 227 000.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht wurden die Agitationsmöglichkeiten erörtert, um im schwachen Münsterland voranzukommen. Ein Antrag, im Münsterlande eine Agitation zu entfalten, die den dort gegebenen Verhältnissen entspricht, wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß in allen größeren Orten Kommunalurteile abgehoben werden sollen. Alljährlich sollen zwei Konferenzen stattfinden, an der unsere kommunalen Vertreter und Kandidaten teilzunehmen haben.

Am Abend des ersten Tages nahm der Parteitag noch ein Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Quard über den preussischen Wohnungsgeheimturf entgegen. Das Thema ist wegen der im Industriebezirke grossierenden Wohnungsnot außerordentlich aktuell. Der Parteitag nahm eine Resolution, die den preussischen Wohnungsgeheimturf verurteilt, weil er nicht geeignet erscheint, das im Industriegebiet herrschende Wohnungsseelen durch neuzeitliche und zweckentsprechende Reformen zu beseitigen, an. Der Parteitag fordert ein Wohnungsgeheimturf entsprechend der Reichstagsresolution vom 22. Mai 1912. In der zweiten Resolution wird ausgeprochen, daß das arbeitende Volk fürchterlich unter dem Wohnungsseelen leidet. Der Parteitag fordert daher Genossenschaften, kommunale und staatliche Institute auf, sofort große Summen bereitzustellen, um nach dem Vorbilde englischer und schweizer Behörden Kleinwohnungen im Eigenbetrieb herzustellen. Diese Kleinwohnungen sollen nur an Arbeiter, kleine Beamte und Angestellte zum Selbstkostenpreis vermietet werden. Ferner wird Schaffung und Ausbau von Wohnungsanstalten und Aufnahme von Wohnungstatistiken, sowie Einrichtung von Wohnungsämtern gefordert, die von sachverständigen Kräften und Vertretern der Bürgerchaft geleitet werden sollen.

Sonntag früh wurde zunächst eine geschlossene Sitzung abgehalten. Bezirkssekretär Genosse König gab einen eingehenden Bericht über den Stand der Wahlrechtsfrage in Preußen. Der Parteitag nahm die Ausführungen zustimmend entgegen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. In der geschlossenen Sitzung hielt auch Genosse Eng-Barmen einen Vortrag über die Jugendbewegung. Er legte sehr anschaulich das raffinierte System der bürgerlich-nationalen Jugendpflege dar, das bestimmt ist, auch den letzten Proletarierjugungen und das letzte Proletariermädchen für die arbeitervölkischen Zwecke der „nationalen“ Jugendbewegung zu gewinnen. Ganz ungeheure Summen werden dafür aufgewendet. In der Debatte über den Vortrag wurden manche recht beachtenswerte Winke gegeben, unsere Bewegung zu fördern. Die Bildungsfrage wurde lebhaft diskutiert und eine anderweitige Werbung des Bildungsausschusses beschlossen. Beim Punkt Maifester wurde von verschiedenen Seiten gefordert, daß die Gewerkschaftsorgane die Maifester etwas mehr propagieren möchten. Ein Antrag, die Maifester-Marken abzuschaffen, wurde abgelehnt. Ferner wurde eine Änderung des Organisationsstatuts beschlossen, um es dem Reichstakt anzupassen. Eine Resolution wurde angenommen, die fordert, daß die Kreise Hamm-Soest und Lüdinghausen-Warendorf den Mindestmonatsbeitrag von 40 Pf. einführen möchten. Dann nahm der Parteitag ein Referat des Genossen Dr. Erdmann entgegen über: Reaktion und Reichstag. Ein Antrag, der Reichstagsfraktion das Vertrauen auszusprechen, weil sie beim Kaiserhof sitzen geblieben ist, wurde fast einstimmig angenommen. Als Delegierter zum internationalen Sozialistenkongress wurde Genosse Max König gewählt. Zum Bezirkssekretär wurde Genosse König wiedergewählt.

Gewerkschaftliches.

Der Solinger Waffenarbeiterkampf erfolgreich beendet. Im Laufe des Monats haben die Fabrikantengewerkschaften eine kombinierte Waffenarbeiterversammlung und die Generalversammlung des Solinger Industriearbeiter-Bundes zu den Vorlägen der Vergleichskommission Stellung genommen und einstimmig nachfolgenden Einigungsbedingungen zugestimmt:

Zwischen dem Schwertfabrikanten-Verein und der

Schwertbranche des Industriearbeiter-Verbandes wird folgendes vereinbart: 1. Streik und Sperre werden zu gleicher Zeit aufgehoben. 2. Die bisherigen Preise bleiben in Kraft. Zu einer Veränderung derselben bedarf es einer dreimonatlichen Kündigung, wenn nicht ein früherer Termin vereinbart wird oder neue Arbeitsmethoden eingeführt werden. 3. Der Schwertfabrikanten-Verein bildet mit den einzelnen Fabrikanten der Arbeiter eine aus je fünf Personen bestehende Vergleichskammer, welche die Regelung von Streitpunkten und die den beiderseitigen Vereinen obliegenden Verpflichtungen festzusetzen hat. 4. Die Vergleichskammer errichtet ein Statut, welches nach dem Muster des zwischen dem Verbande Solinger Fabrikanten-Vereine und den in Solingen vertretenen Fach-Vereinen zu bilden ist. 5. Die Fabrikanten verpflichten sich, ihre Arbeiten nach Möglichkeit im Solinger Industriebezirk machen zu lassen, soweit es sich nicht um Spezialarbeiten handelt, in denen auswärtige Industrien einen wesentlichen Vorprung haben. 6. Die Werke der Schwertfabriker, Schwertfärter und Waffenschleifer verpflichten sich, nur an hiesigen Waffenschleifereien zu arbeiten. Dahingegen sollen von diesen Werken von der Beschäftigung ausgeschlossen sein: Mitglieder, welche gegen die Beschlüsse und Satzungen der Vergleichskammer sowie gegen die jetzt bestehenden Satzungen der in Frage kommenden Fachvereine verstoßen und aus diesen Gründen aus dem Verein ausgeschlossen werden. Den Ausschließungen steht die Berufung an die Vergleichskammer zu. 7. Diejenigen Arbeitswilligen, welche während des Streiks aus ihren Fachvereinen ausgetreten sind, haben sich innerhalb vier Wochen wieder in ihre Vereine aufnehmen zu lassen. 8. Maßregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

Durch die Annahme dieser Vorschläge, die einen nahezu vollen Sieg der kämpfenden Waffenarbeiter bedeuten, ist die drohende Generalausperrung in Solingen vermieden worden und der Kampf in der Waffenbranche nach zwanzigwöchiger Dauer beendet. Die Forderung auf Zahlung der Kriegskosten durch die Fabrikantenvereine wurde fallen gelassen, da die Arbeiter an dieser Forderung die Verhandlungen nicht scheitern lassen wollten. Von Interesse dürfte es noch sein, daß gegen die genannten Einigungsbedingungen in der kombinierten Arbeitervertreterversammlung zwei Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes stimmten. Das gleiche tat eine christlich-nationale öffentliche Versammlung, die mit katholischen Gesellen- und Jünglingsvereinen fünfjährig gefillt war und in der ein M.-Gl. -Abgeordneter aus Köln über den Terrorismus der „sozialdemokratischen“ Verbände allerhand konfusjes Zeug erzählte.

Zum Streit der Textilarbeiter. Am Montag Vormittag fanden in Rottbus, Guben, Spremberg, Sommerfeld und Ludenwalde Textilarbeiterversammlungen statt. Sie waren in erster Linie für die Ausgesperrten bestimmt, die nicht organisiert sind. Die Versammlungen waren durchweg prächtig besucht, teilweise überfüllt. Die Ausführungen der Verbandsredner wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Am Dienstag sind neue Versammlungen in den genannten Orten angefangen. Die Unternehmer gaben jedoch die Erklärung ab, daß eine Uneinigkeit in ihrem Lager nicht herrsche. — Die Regierung in Frankfurt a. O. trifft bereits Maßnahmen, um die Genbamerie zusammenzuziehen. Die Arbeiter bewiesen aber durch ihre Ruhe in den Versammlungen, daß sie sich in ihrer Friedensliebe nicht täuschen lassen werden.

Aus dem Lande.

Schortens. Es geht uns folgende Einfindung zu: In Nr. 166 dieses Blattes beschäftigte sich ein Einsender und „Kritiker“ mit den hiesigen Kommunalverhältnissen. Man kann ihm den Vorwurf machen, daß er im Bürgerverein Gelegenheit gehabt hat, seine Sache vorzubringen und sein Grund vorlag, in die Deffinitivität zu flüchten. Auch sonst gab es geeignete Gelegenheiten, eine Diskussion darüber zu probieren. Dem Kritiker steht frei, dem Bürgerverein baldigst einen Entwurf für ein „zielbewusstes

Kommunalprogramm“ für unsere Gemeinde vorzuschlagen. Doch sollte er wissen, daß die Befugnisse des Gemeinderates beschränkt sind, als es den Anschein hat, und das Amt als Aufsichtsbefugnisse darüber steht. — Ueber die Angelegenheit mit dem Bauverein Sande könnte allein ein langer Artikel geschrieben werden. Die Sache ist aber doch abgemacht. So einfach, wie mancher hiesiges Kommunalpolitiker sich die Sache vorstellt, ist sie nicht. Schreiber dieses ist auch der Ansicht, der Gemeinderat hätte die Garantie übernehmen können, aber die Bedeutung des Gemeinderates über die Bürgervereine ist auch nicht auf objektive Betrachtung. Beim Bauverein selbst es muß nicht an Unklarheiten. Von einem Eintreten der Bürgervereinsvertreter für die Interessen des Vereins Gemeinwohl kann keine Rede sein. Der Gemeinderat hat die Pflicht, objektiv und gerecht zu sein. Das ist die Grundlage des Programms des Bürgervereins und hierauf sind zweifellos auch seine Erfolge zurückzuführen. Der Bürgerverein wird, ob er die Mehrheit im Gemeinderat hat oder nicht, an diesem Grundsatze nichts ändern können. Wenn andererseits der Wahlverein eintrifft, so steht dem nichts im Wege; aber der Einsender möge bedenken, daß eine Gegenwehr zwischen beiden nur die Kräfte gesplittet und den Einfluß der Arbeiterkraft auf die Gemeindeverwaltung vermindern wird. Zu den besagten persönlichen Ginteressen in den Versammlungen sei hier gesagt, daß im Bürgerverein nicht mehr und nicht weniger wie in allen Vereinen gezankt wird. Der Vorstand hat nicht allein die Macht, diese zu befechtigen, sondern er ist auf die Mitwirkung der Mitglieder angewiesen. Was nun die Frage der Einführung der Verhältniswahl anbelangt, so ist nicht einzusehen, warum diese zum Kampf zwischen dem Wahlverein und dem Bürgerverein werden soll. Beide können mit aller Mühe und Überlegung die Frage prüfen, ob es angezeigt erscheint, die Einführung derselben in der Gemeinde Schortens besonders eifrig zu betreiben. Man muß auf keinem Gebiet sich mehr vor dem Schematismen hüten, als wie auf dem Gebiete der Kommunalpolitik. Wer die Verhältnisse klar übersehen kann, wird zugeben müssen, daß der Gemeinwohl die rücksichtslossten Vertreter der rein bürgerlichen Interessen und des politischen Rückschritts Vorteil hat. Den rein bürgerlichen Interessen gibt aber die Gemeindeordnung schon ein Vortrecht, indem zwei Drittel des Gemeinderates Grundbesitzer sein müssen. Wenn der Gemeinwohl eine Mehrheit im Gemeinderat hätte, dieser würde unter keinen Umständen die Verhältniswahl einführen. Genüß soll die Demokratie ihre Grundzüge und Forderungen zu verwirklichen suchen nicht aus Eignung für ihre Partei, sondern im Namen der allgemeinen Gerechtigkeit. Aber sie hat auch keinen Anlaß, die Grobmut so weit zu treiben, daß sie in einzelnen Fällen die Gegner stärkt und die eigene Position schwächt. In Oldenburg haben Regierung und Landtag vielmehr zu gunsten der bürgerlichen Parteien die Verhältniswahl in die Gemeindeordnung eingeführt als zu gunsten der Arbeiter und aus Gründen der Gerechtigkeit. Dadurch daß diese beiden vorgehenden Faktoren es abgelehnt haben, die Verhältniswahl obligatorisch und in allen größeren Gemeinden einzuführen, haben sie bekundet, daß sie die Verhältniswahl wohl nur da haben wollen, wo die bürgerlichen Parteien ganz oder fast ganz ausgefallen sind oder bald werden. Der Machtbruch der oldenburgischen Regierung, daß bei der Verhältniswahl nicht das gebundene Stimmensystem angewandt werden darf, ist extra damit begründet worden, daß nicht verhindert werden dürfte, daß die gesplitteten meinigen bürgerlichen Kreise sich verbinden, um eine größere geschlossene Macht gegen die sozialdemokratische Partei zu bilden. Es kann also niemand ein Vorwurf treffen, wenn er Bedenken hat, gegen einen feindlichen gegänglichen Gegner, der die Unterjochung der Staatsgewalt nach sich hat, großmütig zu sein. In keiner Frage muß es leichter sein, die Einigkeit der Arbeiter im Wahlverein und im Bürgerverein zu erhalten, als

in der Frage der Einführung der Verhältniswahl in der Gemeinde Schortens.

Heimhülle. Eine Schlägerei gab es vorgestern nachmittag bei der Gastwirtschaft von Warntjen hier selbst. Zwei radikalistische junge Leute suchten mit verschiedenen Anwesenden Sündel anzufangen und benahmen sich sehr robit bis endlich den Beteiligten der Geduldsfader riß und sie den beiden Maulhelden gehörig die Fude ausklopfen. — Bei Gastwirt Warntjen findet bis 28. Juli großes Preisfest in statt. Es sind Preise im Gesamtwerte von 600 Mark ausgesetzt.

— Der Fuhrmann S. von hier erlitt einen Unfall, indem er von seinem Pferde derartig an die rechte Hand geschlagen wurde, daß ärztliche Hilfe nötig war.

Fever. Die Maul- und Klauenseuche ist hier, wie uns heute früh telephonisch wird, ausgebrochen. Alle Welt freut sich über den herrlichen Sommer, der alles in allem genommen den Landwirten eine volle gute Ernte zu sichern scheint; da kommt die Nachricht, daß an verschiedenen Stellen im Reich die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist. Zuerst wurde ihr Einzug in die Altmark aus Wittenerberge und Friedrichsfelde gemeldet. Lieberall findet man dort an Gehöften, Wägen und Wägen die bekannten Warnungstafeln. Alle Abwehrmittel, außer dem sofortigen Abschleppen des seuchenverdächtigen Viehes, haben bisher dem Ausbreiten der Seuche, die erst vor zwei Jahren auch Oldenburg schwer heimsuchte, keinen Einhalt zu gebieten vermocht. Bleibt die Altmark zunächst ein Seuchenherd, so ist die Gefahr der Uebertragung nach Oldenburg sehr nahe gerückt. Es liegt nun kein Anlaß dafür vor, daß die Erkrankung der Rinde der Wirtes in Blumenhof bei Fever, die als Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, von dort eingeschleppt worden ist. Die erkrankten und verdächtigen Tiere, sind an der Hölz, wurden sofort getötet. Die das Erwerbseleben in Fever schädigende Maßregel wird zunächst die Aufhebung der Viehmärkte sein.

Varel. Bericht der Bauarbeiterschutzkommission. Kontrolliert wurden 11 Neu- und vier Umbauten. Am Wippeler Weg werden Neubauten vom Unternehmer Mewes ausgeführt. Hier wird sehr morichs Holz als Gerüstholz verwendet, so daß es Wunder nimmt, daß hier noch kein Unglück geschehen ist. Auch ist die Aufstellung eines Morktes, wie er dort aufgestellt ist, wirklich reiner Jahn. Vor den Unternehmern Branten u. Wohlken werden auf dem Wippel zwei Neubauten ausgeführt, und wurden hier die Bauarbeiten in einem sehr schlechten Zustande gefunden. Diese sind so lustig gehalten, daß es an allen Ecken und Enden durchragen kann, auch lagern in den Neubauten Materialien. An dem Neubau des Unternehmers Schumacher an der Dargoffer Straße war der Abort in einem solchen Zustande, daß es bald unmöglich ist, hier keine Notdurft zu verrichten. Am Neubau der Landwirtschaftlichen Winterschule, ausgeführt von den Unternehmern Marschall u. Koch, werden sehr schwache Stangen als Aufrichter verwendet. Auf fast sämtlichen Bauten sind keine Verbandsstäben vorzufinden oder wo welche vorhanden sind, ist fast gar kein Verbandszug darin. Am großen und ganzen liegen die Verhältnisse in Punkte Arbeiterzufriedenheit noch sehr darnieder und es wäre zu wünschen, wenn die Bauten mehr von den Gewerbespektionen revidiert würden.

Einsparungen. Die am 17. d. M. bei Buschke statt gefundene Gemeinderatsitzung hatte nur wenig zu erledigen. Eine Wegsache wurde in zweiter Lesung angenommen. — Der Ausbau des Leitungsnetzes nach Wipshewarden, wozu sich bereits 21 Hausanschlüsse gemeldet haben, verurteilt nach einer provisorischen Aufrechnung ein Defizit von 80 Mark. Der Aufsicht wird einmütig in erster Lesung beschloffen, jedoch soll die genauere Grenze noch festgelegt werden. Der Anschlag von Motoren bedarf jedoch erst der Genehmigung des Gemeinderates. — Bei dem geringen Beratungsmitt, der dem Gemeinderat vorlag, wäre es doch zweckmäßig gewesen, wenn die Feinerzeit eingekette

Kindes Feuilleton.

An die Erzieher.

„Wachsen die Kinder in der Art fort, wie sie sich ausbilden, so hätten wir lauter Genies.“ (Goethe.)

Wer eine Klage über sein Kind auspricht, hat eine Klage gegen sich ausgesprochen. Normale, unverbörbene Kinder sind reicher und besser wie die Erwachsenen. Ihnen sprudelt noch die göttliche Quelle der Geisteskraft, die uns verstanden und unergiebig geworden ist. Sündert entwicklungsfähige Anlagen zeigen sich an ihnen, die an uns nutzlos verkrümmert sind. Tausend Wege stehen ihnen offen, wo wir uns in graue, öde Sackgassen verlaufen haben. Sie sind bildsam wie Wachs in Händen dessen, der aus Wachs Schönes zu bilden weiß, während wir knöchern und unbildsam geworden. Darum, wenn wir uns ausmaßen, diese, die reicher und besser sind als wir, erziehen und bilden zu wollen, muß unsere erste Sorge sein, nichts an ihnen zu verderben.

In der besten Welt wird heute den Kindern das Beste genommen. Die meisten glauben, was ihnen dienlich ist, muß auch den Kindern gut sein. Und wenn einer seine Gesundheit so schlecht gepflegt, daß er kein Lästchen vertragen kann, bindet er den Kindern Lieder um den Hals. Und was das Leben zum Schwächling gemacht hat, der sich ducken muß, der lehrt die Kinder stillhalten, wenn sie geschlagen werden. Und wenn das Leben so arm gemacht, daß sich keine natürliche Freudeäußerung seiner Gemut entringt, der verbietet den Kindern das Tanzen und Springen. Es ist eine grundlose Eitelkeit, sich für den Menschen zu halten, der in noch weiteren Exemplaren naturgetreu kopiert werden müsse. Diesen Kopierungsversteh nennen die meisten heute Erziehung. Sie bilden nicht, sie verformen. Sie nehmen, was sie geben sollen. Erziehen heißt, den vorhandenen Reichtum zur Entfaltung bringen. Nicht nach der eigenen Ver-

selbigkeit messen, sondern nach dem Reichtum, der in dem andern liegt. Nicht auf die eigenen Glücks- und Entwicklungsmöglichkeiten eingestellt sein, sondern auf die des Kindes. „Die Jugend ist um ihre Willen hier. Es wäre töricht zu verlangen, komm alle du mit mir.“ (Goethe.) Das Wichtigste in der Erziehung ist: die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten nicht unterbinden. Nichts verderben, was an natürlichen Anlagen und Fähigkeiten vorhanden ist. Aus sich hinausgehen können in der Beurteilung der Dinge. Die Ziele über sich hinaus stellen. „Nicht fort sollt ihr euch hftanzen, sondern hinauf!“ Denn werden wir diejenigen sein, die von den Kindern gebildet werden. „Was sogar die Frauen an uns umgebildet zurücklassen, das bilden die Kinder aus, wenn wir uns mit ihnen abgeben.“ (Aus Wilhelm Meister“.)

Wilhelm Busch an die Hausfrau. Das nachfolgende Gedicht wurde von Wilhelm Busch verfaßt, als er einer Freundin ein Kochbuch geschenkt hat.

Es wird behauptet und mit Grund, Ein nützlich Werkzeug sei der Mund! Zum ersten laßt das Ding sich beugen Die Guttapercha, um zu gähnen. Ach, Geste, wenn du dieses mußt, Zu es im Stillen und mit Mut! Zum zweiten: Wenn es quod vomönden, Kann man ihn spüren, um zu sitzen. Sieht dann der Schatz auch mal allein, Dies wird ihm Unterhaltung sein! Zum dritten laßt der Mund sich bewegen, Wenn irgend bestund, um zu rauchen. Dies kommt dir deinem guten Gatten, Der darum bittet, wohl gestatten. Zum vierten ist es kein Verbrechen, Den Mund zu öffnen, um zu sprechen. Vermeide nur Gemütsregung, Sprich lieber sanft mit Ueberlegung. Denn mander hat sich schon beklagt: „Ach, hätt' ich das doch nicht gesagt!“ Zum fünften, wie wir alle wissen, So eignet sich der Mund zum Küßen,

Sei's offen oder sei's verhothen, Gegeben oder genommen, Ausdrücklich oder nebenher, Beim Schmecken oder Wiederher, Am Frischen und nach Kriegeszeiten: Ein Kuß hat seine guten Seiten! Zum Schluß jedoch nicht zu vergessen, Hauptächlich dient der Mund zum Essen! Gar lieblich dringen aus der Rinde Bis in das Herz die Wohlgerüche. Hier kann die Junge fein und scharf Sich nützlich machen, und sie darf! Hier durch Gebräut und Gebräut Bereitet man die Zaubermittel Im Köpfen, Pflanzen oder Pflaster, Um ewig den Gemahl zu fesseln. Von hier aus herrscht mit schämem Sinn Die Frau- und Herrenknechtin. — Lieb Gesehen! Hat dich wohlgenut, Regiere mild und loche gut!

Von der Neuen Zeit ist (oben das 16. Heft vom zweiten Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Bismarckblut und Bismarckdöring. — Der soziale Katholizismus. Von U. Edmann. Zur Bekämpfung des Landarbeiters. Von A. Mandelst. — Altmühlungsbaum in Oberbayern. Von R. Mandelst. — Wirtschaftskrisis. Industrielle Arbeiter. Von Hermann Edmann. Notizen: Die industrielle Massenproduktion hat sich auch der Heiligen Schrift bemächtigt.

Feuilleton: Afrika'sche Kulturgeschichte. Von D. Jensen. — Zum Roman der Gegenwart. Von Joseph Kliche. — Literarische Rundschau: Max Rubner, Ueber moderne Ernährungformen. Von W. Juchacz. — Dr. S. Domad, Der Genossenschaftssozialismus. Martin Andersen Lersch, Ueberluch. Von R. Grösch. — Christian Cornelissen, Theorie de la valeur, avec une refutation de Rodbertus, Karl Marx, Stanley Jevons et Böhm-Bawerk. Von P. Prummer. — Zeitschriftenchau. Von Da. Olberg. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Volaportale zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. — Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Studienkommission für die Verhältniswahl etwas von ihrer Tätigkeit hätte hören lassen. Oder soll es über das Studieren nicht hinausgehen?

Die Zentral-Bibliothek der organisierten Arbeiterschaft bleibt vom 1. August bis 1. September geschlossen. Sämtliche Bücher müssen also bis dahin abgeliefert resp. neuangekauft werden. Ebenso auch die Kinderbibliothek, die in diesem Verwaltungsjahr nicht weniger als 3476 Mal in Anspruch genommen wurde.

Ganderfese. Ein ungetreuer Beamter. Es wird dem Nachr. f. Et. u. L. zutreffend berichtet: Der Zimmerer M. in Ganderfese hatte vom Zentralverband der Zimmerer den Posten eines Kassierers zuerteilt erhalten. Es stellte sich bei einer Revision der Kasse ein Manko von 250 Mark heraus. Um nicht in die Angelegenheit zu bringen, war nun zu Sonntag eine Versammlung der Zimmerer in Ganderfese einberufen, in welcher sich M. wegen des Mankos veranworteten sollte. Da nun vor acht Tagen im Hause des M. ein Feuer ausgebrochen war, hatte auch die Gendarmerie ein lebhaftes Interesse für die Person des M. Auf Wunsch von zwei Beamten nahmen dieselben an der Versammlung teil. Der M. behauptete nun, daß ihm die fehlenden Gelder anlässlich des Brandes aus seiner Kasse, welche er zunächst vor dem Feuer in Sicherheit brachte und zu dem Zwecke an der Straße niederstellte, gestohlen worden seien. Hiermit fand er bei seinen Kollegen keinen Glauben. Es erhoben sich gegen den Kassierer vielmehr derartige Anschuldigungen aus der Versammlung, daß die Beamten zur Verhaftung des M. gezwungen waren, und zwar nicht allein wegen der Unterschlagung, sondern wegen dringender Verdachts der Brandstiftung.

Aurich. Neue Jagdvorschriften für Ostfriesland. Der Bezirksausschuß hat beschlossen, für dieses Jahr die Jagd auf Rebhühner und Wacheln am 1. September, auf Wirt-, Scaj- und Fasanenbänne und -Gemen am 30. September und auf Drosseln am 1. Oktober eröffnen zu lassen. Rebhühner dürfen heuer überhaupt nicht geflossen werden.

Leer. Weß Brot isse — desß Lied isß singel! Dieses hiedere Sprichwort hatte es zumege gebracht, daß der Redakteur des hiesigen Wünderorgans Matthiesen seinen Kollegen von dem zurzeit freimüthig schillernden Reerer Anzeigenblatt, Klages, vor den Kadi geladen hatte auf Freitag letzter Woche. Kleine Urfragen — große Pflichten! Anlässlich des freimüthigen Bezirksparteitages im Juni d. J. hatte das Wünderorgan einen die Veranlassung stark glorifizierenden Artikel gebracht. Das drachte nun einen Freimüthigen in begriffliche Erregung und er kuckerte auf die Geliebte des „Matthe“ einen energischen Anzeigekämpfer, der obigen, omnibus Schlusatz hatte, gemeint auf Herrn M., der bekanntlich die politisch interessierten Kreise Deers schmerzt in Erlaunen setzte über seine selbstst schnelle Entwicklung zum Nationalsozialisten-Freimüthigen zum Marx-Konvertiten. Aber immerhin ist ja der Nachweis für obiges Sprichwort schwer zu erbringen und mußte daher der „Matthe“-Redakteur in eine — allerdings vom Richter sehr milde formulierte — Erklärung einwilligen, die veröffentlicht werden soll und er übernahm sämtliche Kosten. — Ein Lieb halberfüllungener Zeit klang aber in die Verhandlungen hinein, das uns veranlaßt, etwas ausführlicher die Sache zu behandeln. Der Vorliegende der hiesigen Konvertiten, Rechtsanwalt de Vries, legte dem Sinne nach als Zeuge u. a. aus: Herr Matthiesen hätte ihnen (ihm und seinen Freunden) gesagt, im Wahlkampf 1907 wäre eine starke Abneigung gegen die Freimüthigen über ihn gekommen, weil diese gerade den Agitator Meyersbach aus Odenburg, der mit äußerster Schärfe in der ersten freimüthigen Wählerversammlung bei Wösch die Sozialdemokratie angegriffen und bekämpft, sofort aus dem Wahlkampf ausgeschaltet hätten. Also dies soll das ordnungspolitische, sozialistenfeindliche Gemüth des Herrn M. so arg betrübt und ihn von der Unverlässlichkeit des Freimüthigen demnach überzeugt haben, daß dieser Fall der Wendepunkt seines politischen Lebens gewesen sei. Diese Behauptungen entsprechen nicht den Thaten, sind vielmehr objektiv un wahr, was auch schon unser Genosse Doekes als Zeuge in diesem Prozeß nachwies. Wie war die Sache? Die „Sottentotentablen“ 1907, aus denen der Willkommstherborbringung, in welchem sich bekanntlich die Konvertiten und Liberalen poarten — „Unacht“ zwischen Karpen und Kaminden — leiteten die Liberalen (Freimüthigen) mit einer großen Wählerversammlung ein, in welcher ihr Kandidat Corrells aus Odenburg, umgeben von einem Stabe Agitatoren, seine Programmrede hielt. In der Diskussion, die nur zwischen uns und den Freimüthigen ausgefochten wurde, trat in sehr scharfer persönlicher Weise Herr Meyersbach auf, der behauptete, unser Kandidat Richard Wagner hätte nicht wegen seiner politischen Anschauung seine postallische Kaufbahn aufgeben müssen, sondern wegen moralischer Vergehen, (wobei er eine Handbewegung machte, die auf „Kleptomane“ deutete). Wegen seines Auftritts und dieser Behauptung deckte ein Genosse dieses Herrchen ordentlich zu und machte natürlich die Freimüthigen für diese madige Agitationenweise und ihre bösen Folgen im Wahlkampf verantw. wortlich. Meyersbach war nach diesem ersten Debut erlebigt und verschwand sofort aus dem Wahlkampf im hiesigen Wahlkreise. Erfolgreiche Tage nach diesem sprach unser Kandidat in einer beängstigend überfüllten Versammlung, in welcher er die Behauptungen Meyersbach als ein erlogen Wahlmanöver der Freimüthigen brandmarkte. In dieser Versammlung gab nun der Redakteur Matthiesen dem Sinne nach die Erklärung ab, daß Herr Corrells mit der geschliffenen Kampfesweise Meyersbach nicht einberufen sei, was aus daraus hervorginge, daß er aus dem Wahlkampf entfernt wäre. Höchst sonderbar! Der Herr war selbst 1907 entriistet über das Auftreten Meyersbach und gab eine Erklärung für den freimüthigen Kandidaten ab — trotzdem will er schon durch das Abschreiben dieses A. durch die Freimüthigen acht Tage vorher aufs tiefste entriistet gewesen sein. Höchst sonderbar! Höchst sonderbar!

Gewerkschaftsartikel. In der letzten Kartellung wurde nochmals zur Sache des Kaufmanns Meyer Stellung genommen. Es wurde beschlossen, nochmals eine Erklärung auf die Antwort des Herrn Meyer zu veröffentlichen. Der Vorliegende gab bekannt, daß er mit der Zentrale der Kantarbeiter in Verbindung getreten sei und demnach mehrere Versammlungen stattgefunden werden. Es wurden dann noch die Berichte der Bildungs- und Volksfürsorge-Kommissionen entgegen genommen.

Nordenen. Die Zentrale Nordenen hat jetzt N. S. L. u. B. an eine Ueberlandzentrale erhalten und zwar an die von Siemens u. Halske erbaute Zentrale Wiesmoor bei Aurich, die dadurch in Frankreichs besonderes Interesse findet, weil es die erste deutsche Ueberlandzentrale ist, die mit Torfenergie arbeitet und auf diese Weise einen Teil der großen, in den deutschen Mooren aufgeschichteten Kräfte nutzbringend zu verwerten sucht. Nordenen ist die erste deutsche Nordsee-Zentrale, die an eine Ueberlandzentrale angeschlossen ist. Das Stromtafel läuft von Embden, wo die erste Umformung von 20 000 auf 5000 Volt erfolgt, über Norden nach Waddepolder, geht dann auf eine Strecke von 6 1/2 Kilometer durch das Wasser — es liegt tief unter dem Wasserpiegel 70 Zentimeter in den Wattboden eingesenkt — und kommt beim Nordenener Leuchtturm wieder heraus, um von dort nach der Maschinen-Anlage beim Schlachthaus geleitet zu werden, wo der Strom nochmals auf die Nordenener Spannung umgeformt wird. Der die Privathäuser haben sich dem Stromnetz angeschlossen und auch die königliche Badeverwaltung wird ihr eigenes Elektrizitätswerk im kommenden Jahre eingehen lassen.

Aus aller Welt.

Ein Hauptmann als Soldatenmishandler. Hauptmann Krestoff vom Infanterie-Regiment Nr. 65 war wegen Mißhandlung von Untergebenen vom Kriegsgericht der 15. Div. zu sechs Wochen strengen Arrest verurteilt worden. In der Verhandlung wurde nachgewiesen, daß er verschiedene Rekruten durch Faustschläge in das Gesicht und durch Stöße mit dem Degenknopf schwer mißhandelt hatte. Der Gerichtshof legte Berufung gegen das Urteil ein, da ihm die Strafe zu niedrig erschien, und auch der Angeklagte hatte Revision eingelegt. Das Oberkriegsgericht des 8. Armeekorps verwarf beide Berufungen, da es die Strafe für den Angeklagten zur Last gelegten Verhuldingungen als angemessen betrachtete. — Von einem Hauptmann ist in erster Linie zu fordern, daß er vorchriftswidrige Behandlungen und Mißhandlungen verhindert, ob er das kann, wenn er sich dieser Vergehen selbst schuldig macht, möchten wir sehr bezweifeln. Daher erscheint uns die Strafe von sechs Wochen Arrest unbegründet milde.

Schulzarentzahn eines Dienstmädchens. In entsetzlicher Gefahr schwebte vor einigen Tagen die Familie des Gutbesizers Zander in Oranienburg bei Hagenau. Es war in der Familie aufgefallen, daß der Kaffee und das Essen einen stark salzigen Geschmack hatten. Der Gutbesizer ließ daher das benutzte Geschirrt einer chemischen Untersuchung unterziehen. Diese ergab, daß es Salzsäure enthielt. Der Verdacht lenkte sich sofort auf das 15jährige Kindermädchen der Familie. Es wurde ins Verhör genommen und gestand, daß es die Milch gehakt habe, die ganze Familie mit Salzsäure zu vergiften. Grendelwilde Gründe vermochte das Mädchen nicht anzugeben. Es wurde verhaftet und soll zunächst auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Nette Beamtin. Missethen ereigt in Brandenburg a. d. H. die Verhaftung des Polizei-Dezernenten Einbrodt und des städtischen Bootsmeyters Baumann. Einbrodt hatte als Vorsteher des Fundbüroaus viele Fundstücke im Gesamtwerte von etwa 7000 Mark untergeschlagen, Baumann, der seit drei Jahren in städtischen Diensten steht, circa 1800 Mark aus der Portofalte entwendet. Beide sind gefänglich.

Ein schweres Automobilunglück. Aus Dortmund wird gemeldet: Gestern nacht 3 Uhr fuhr ein mit sieben Personen besetztes Automobil auf einer abschüssigen Straße in der Nähe von Dortmund gegen einen Baum. Sämtliche Personen wurden schwer verletzt. Der Fahrer Willy Gabel ist seinen Verletzungen erlegen.

Zu einer Wirtshausfehde zwischen Zivil- und Militärpersonen kam es Sonntag abend in Müggig bei Stralsburg. Die Soldaten, Sufaren aus Stralsburg, sollen nach Feierabend in einer Wirtshaus durch Schlägen an die Fenster Einlaß begehrt haben. Hier in der Wirtshaus befindliche Arbeiter kamen daraufhin heraus und es entwickelte sich eine Schlägerei, in deren Verlauf zwei Soldaten durch Revolverkugeln ernstlich verletzt wurden. Die beteiligten Zivilpersonen sind beim Aufbruch zum Verlassen der Wirtshaus verhaftet. Uffiziere Arbeiter waren nicht beteiligt. — Der eine der bei der Wirtshausfehde in Müggig verletzten Sufaren ist seinen Verletzungen erlegen.

Kampf zwischen Schußleuten und Rowdies. In der Nacht zum Sonntag kam es am Eichholz bei Hamburg zu einem größeren Zusammenstoß zwischen Rowdies und Schußleuten. Mehrere Schußleute, die die Aufseher zur Wache bringen wollten, wurden plötzlich von etwa zwanzig Personen überfallen, die die Anstalten befreien wollten. Es entspann sich ein heftiger Kampf, bei dem die Schußleute blatt zogen. Während des Kampfes, an dem schließlich sieben Schußleute und etwa 40 junge Burchen beteiligt waren, erhielt ein Schußmann zwei Messerstiche in den Rücken, mehrere Burchen wurden mehr oder minder verletzt. — Ein ähnlicher Zusammenstoß spielte sich in der Nacht zum Sonntag in der Großen Freiheit in Altona ab, wo Polizeibeamte bei der Festnahme von Rowdies angegriffen, und als sie mit der blanken Waffe vorgehen, von der Menge mit einem Steinhaufen überschüttet wurden. Es wurden achtzehn Personen verhaftet.

Vadeunglück. Im Gebiet von Groß-Verkin, in der Gabel, dem Schwansee, dem Tegeler See, dem Tiefensee, im Freiold Nahnsdorf und in der Habelseen ertranken am Sonntag acht Personen.

Mord und Selbstmord. Der pensionierte Gerichtsassistent Collin in Oranienburg erstach gestern seine bei ihm lebende Nichte, die Haushälterin Schönerstadt, mit einem scharf geschliffenen Kirchsänger. Dann verbrachte er sich auf die gleiche Weise den Tod zu geben, brachte sich je-

doch nur eine Verletzung an der Brust bei. Collin war bei der Staatsanwaltschaft in Bochum beschäftigt, bis seine Pensionierung erfolgte. Durch die Pensionierung geriet er angeblich in die größte Geldnot, zumal er für den Lebensunterhalt seiner von ihm getrennt lebenden Frau zu sorgen hatte. Gestern wollte ein Tischlermeister die für Collin gefertigten Möbel, weil sie nicht bezahlt wurden, abholen. Er fand Collin blutüberströmt auf seinem Bette liegen, aber bei Bewußtsein. Collin behauptet, die Schönerstadt mit ihrer Einwilligung getödet zu haben.

Schreckliche Tat eines Geisteskranken. Als Sonnabend mittag der 23jährige Kaufmann Georg Herberich in Würzburg von seiner Wohnung in eine Irrenanstalt gebracht werden sollte, gab er plötzlich auf den ihm behandelnden Arzt Dr. Köbgen und zwei Sanitätsmänner namens Strlein und Kuhn sechs Revolverkugeln ab. Er traf den Arzt in den Arm, Strlein in Brust und Kopf und Kuhn in die Seite. Dann wandte er sich gegen seine Angehörigen, deren einige er ebenfalls durch Schüsse verletzte. Von herbeieilenden Polizisten wurde er im Wohnungstrorridor überwältigt und in die Irrenanstalt gebracht. Die getroffenen Personen haben zum Teil schwere Verletzungen erlitten.

Schwerer Unfall. Sonnabend vormittag überfuhr sich das Automobil des Leipziger Vertreters der Continental-Pneumatik-Gesellschaft Geßler vor dem Bahnübergange bei Waldkirchen infolge Veragens der Bremse. Der Chauffeur wurde getödet. Geßler wurde schwer, seine Frau und zwei Kinder sowie zwei andere Knaben leicht verletzt.

Prozeß Caillaux. Vor den Geschworenen in Paris begann gestern nachmittag der Prozeß gegen Frau Caillaux, die den Zeitungsverleger Calmette erschossen hat. Das Berliner Tageblatt gibt folgenden kurzen Bericht: Der Prozeß beginnt gleich mit einem recht merkwürdigen Skandal. Durch ein Versehen war fast die gesamte französische Presse und auch die auswärtige ausgeschlossen worden. Nur einige Vorrichtige, die mit Finanzministerien nicht gezeigt hatten, waren eingelassen worden; sonst waren sämtliche Plätze der Presse leer. Man hörte von draußen wüthend an die Thür schlagen und im Takt ausrufen: „Oeffnen! Oeffnen!“ Der Präsident machte schließlich der reinlichen Szene ein Ende und ließ die Thüren öffnen. Während der Anstufung der Geschworenen bietet der Saal ein ziemlich düsteres Bild. Die Akkuzaten, die in ungeheurer Zahl erschienen sind, klammern bis zu den Fenstern empor, um besser sehen zu können. Die Damen sind aus dem Saal ausgeschlossen worden. Nur in einem engen Gang, der von dem Saal durch eine Glaswand getrennt ist, sieht man einige schüchternere Beobachter. Der Eintritt der Angeklagten vollzog sich so gut wie unbemerkt. Während der Präsident in einer kleiner Rede die Versammlung zur Ruhe ermahnt, betritt Frau Henriette Caillaux den Angeklagtenraum. Um 1 Uhr begann die Verlesung der Anklageakte.

Meine Tageschronik. Am Sonntag lenkte im Streifenmal in Hamburg durch den Wellenstichanker Dampfsee ein mit drei Knospen besetztes Niederboot, wobei die sechsjährige Alice Schmilz umkam. — In Nauendorf in Ostpreußen schloß sich der sechsjährige Gustav mit einem Revolver aus Unvorsichtigkeit in die Stirn, jedoch er getödet wurde. — Montag vormittag stürzte in Berlin in infolge von Wurzelgale plötzl. ein bei dem Säulengang der Nationalgalerie stehender Baum um und fiel in den Garten der Nationalgalerie, in dem sich gerade mehrere Personen ergingen. Durch den herabfallenden Baum wurden vier Personen getroffen und verletzt, die sogleich nach der königlichen Klinik gebracht wurden. — In einem Sotel in Stralsburg stieß am Montag der 17jährige Mochtschützling Sched dem hoch wehmen ein Messer in den Hals und verletzte ihn lebensgefährlich. Darauf stürzte sich Sched aus einem Fenster des fünften Stockwerkes auf den Hof hinab, wo er tot liegen blieb. — Von unterirdischer Seite wird aus Freiburg mitgeteilt, daß in allen Weinbaugebieten badens infolge des strengen Winters von Hitze und Regen Pernospora und Blauschimmel festgesetzt worden sind und somit die Weinreife ernstlich gefährdet erscheint. — Bei einer fahrerlosen Tour auf die Gasse Schierpfe in den Gröben er Dolomiten sind zwei Chemiker Verren, der Fabrikant Hugo Köhler und Professor Georg Neumann angefuert, beide waren auf der Stelle tot.

Veranstaltungs-Kalender.

- Mittwoch, den 22. Juli. Rüstingen-Wilhelmshaven. Nachdeckerabend. Abends 8 Uhr bei E. Schneider, Mühlengäßchen. Donnerstag, den 23. Juli. Braze. Arbeiter-Gesangverein Frohsinn. Abends 8 Uhr bei S. Etles.

Schiffahrts-Nachrichten.

- Telegramme des Norddeutschen Lloyd. Vom 20. Juli. Postd. Altair, von Ostafien, gestern ab Manila. Postd. Barbarossa, nach Neuyork, gestern Dover passiert. Postd. Berlin, nach der Weser, vorgestern ab Neuyork. Postd. Bremen, von Ostafien, gestern ab Singapur. Postd. Chemnitz, von Galesien, vorgestern ab Baltimore. Postd. Elbeh, nach Australien, heute Adelaide an. Postd. Erlangen, von Brasilien, gestern ab Frankfurt. Postd. Ganelon, von Australien, gestern Tenerife passiert. Postd. George Washington, von Neuyork, gestern auf der Weser an. Postd. Gießen, von dem La Plata, gestern auf der Weser an. Postd. Göttingen, nach Ostafien, gestern Hongkong an. Postd. Hesse, nach Australien, gestern ab Antwerpen. Postd. Hildt, von Ostafien, heute ab Frankfurt. Postd. Mainz, von Baltimore, gestern Dover passiert. Postd. Marx, nach Ostafien, heute Brügge an. Postd. Nordenen, von Ostafien, gestern Hagen an. Postd. Prinz Albrecht, nach Ostafien, gestern ab Aiden. Postd. Prinz Eitel Friedrich, nach Ostafien, heute Potsdam an. Postd. Prinz Friedr. Will., Polarfahrt, gestern ab Bologna. Postd. Prinz Ludwig, von Ostafien, heute auf der Weser an.

Wochwasser.

Mittwoch, 12. Juli: vormittags 0.25, nachmittags 0.40

Revölle, die an Appetitmangel und unregelmäßiger Verdauung leiden, tun gut, sich längere Zeit mit „Kujete“ zu ernähren. Die nach dem bekannten „Kujete“ Rodobud hergestellten mmmigfaltigen Gerichte sind von angenehmem Geschmack, regen den Appetit sowie die Verdauungsfähigkeit an und wirken gleichzeitig kräftig ernährend. 118

Die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zur Trennung der Geschlechter in den Schulen.

Vortrag von Emil Sonneman-Bremen.

Das Thema, das zu Grunde liegt, schließt sich an das über Schule und Unterricht an und ließe sich erst in dem Rahmen des Schulunterrichts. Ich glaube aber vielmehr, daß die richtige Ausgangspunkt wird die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie zu der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Weib sein müssen. Im Rahmen meines Vortrags kann ich jedoch dabei nicht lange verweilen. Ich setze voraus, daß jeder organisierte Arbeiter darüber genügend informiert ist. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich für eine Gleichberechtigung der Geschlechter. Aus dieser Stellung folgt, daß wir alle Vorurteile und Hemmnisse, die der Frau in ihrer Betätigung entgegenstehen, hinwegräumen wollen, daß der Frau vor allem die gleichen Bildungsmöglichkeiten wie dem Manne gewährt werden sollen.

Es liegt auf der Hand, daß durch die Wahl des Berufs sich allerlei Gelegenheiten bieten werden zur Trennung der Geschlechter, schon weil es Berufe gibt, die für die Frauen gar nicht oder nicht so geeignet sind wie für den Mann und umgekehrt. Es soll auch gar nicht gesagt werden, daß von einer gewissen Stufe der Schule an für den Beruf nicht eine Trennung im Unterricht vorgenommen werden kann. Doch das muß der Individualität der Frau vorbehalten bleiben und läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden; einen Grundschlag aufzustellen, davor muß man sich hüten. Es ist vielmehr immer daran festzuhalten, daß, soll die Frau sich für irgend einen Beruf entscheiden, ihr alle diejenigen Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen wie dem Manne. Das kann aber auf keinem besseren Wege geschehen als auf dem der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter. Daraus folgt, daß es gar keinen andern Weg gibt, unsere Ziele zu verwirklichen. Mit der gemeinsamen Erziehung ist die Gleichberechtigung der Geschlechter an sich allerdings noch nicht durchgeführt, sie ist nur ein Glied in der Kette zu dem Ziele.

Die Voraussetzung für die gemeinsame Erziehung der Geschlechter in der Schule ist die häusliche Erziehung der in die Schule eintretenden Kinder, denn auch im Elternhause ist die Erziehung gemeinsam. Und die Schule, vornehmlich die Volksschule, wozu das Arbeiterhaus seine Kinder schickt, ist auch eine Erziehungsanstalt, sie sollte es wenigstens sein. Leider ist die Volksschule ihrer erzieherischen Aufgabe nicht gewachsen, sie ist zur reinen Unterrichtsanstalt geworden, eine lebensfremde Wissensschule. Zwischen der Schule und den Eltern ist eine Entfremdung eingetreten, und besonders zwischen Volksschule und Arbeiterhaus ist eine schier unüberbrückbare Kluft entstanden. Ich möchte sagen, die Volksschule gleicht einem Dornbüschel, das in einen hundertjährigen Schlaf gesunken ist. Es ist eine undurchdringliche Dornhecke darum gewachsen. Was darinnen ist, kann nicht mehr heraus, und was draußen ist, nicht hinein. Volksschule und Haus verstehen einander nicht mehr. Sie nehmen nicht mehr die Rücksicht aufeinander, die notwendig wäre, um zu einem guten, wechselseitigen Verhältnis zu gelangen. In den Lehrervereinigungen allerdings tönt es anders. Es heißt da, Schule und Haus müssen an einem Strange ziehen. Das sind zweifellos schöne Worte, aber auch nichts mehr. In Wirklichkeit arbeiten Schule und Haus nicht Hand in Hand, sie ziehen nicht an einem Strange, in vielen, wenn nicht allen Fällen, arbeiten sie sogar einander direkt entgegen.

Es kann das auch gar nicht anders sein. Die Volksschule dient der kapitalistischen Weltanschauung und das Elternhaus steht auf dem Boden der proletarischen Weltanschauung. Das sind zwei Dinge, die lassen sich nicht mit einander vereinen, sie stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser. Aus diesem Unterschied ergibt sich der Gegensatz zwischen Schule und Haus. Es ist ja auch ganz ausgeschlossen, daß wir mit verächtlichen Mienen daneben stehen können, um in aller Gümmlichkeit zuzusehen, wie die Volksschule alles untergräbt und verächtlich macht, was dem proletarischen Elternhause heilig ist. Und das tut die Volksschule, nicht etwa die Lehrerschaft. Ich will mich ganz schädelig ausdrücken. Unser Kampf richtet sich nicht gegen Personen, sondern gegen ein System; gegen Personen nur insofern, als sie Träger dieses Systems sind. Die Volksschule ist weltfremd, sie ist eine Wissensschule. Das soll heißen, sie begnügt sich damit, ihren Zöglingen ein bestimmtes Quantum von Wissen mitzuteilen. Ist das wirklich die Aufgabe der Volksschule? Nein! Auch nicht nach der Auffassung der wissenschaftlichen Pädagogik. Seit Comenius, also seit der Zeit des dreißigjährigen Krieges, wird getrebt nach Erlangung einer allgemeinen Erziehungsschule. Zum Wissen soll die Erziehung kommen. Davon ist heute in der Volksschule nicht mehr die Rede, und wenn, dann in einem Geiste, den wir bekämpfen müssen. Der schlimmste Vorwurf, den wir ihr machen müssen, ist aber: auch sie hat sich herabwürdigend lassen zu einem Werkzeug der besitzenden Klassen! Für die wirtschaftliche Ausbeutung sind von ihr erzogene Arbeiter am geeignetsten. Es ist ja immer der Grundlag der Herrschenden gewesen, die Unwissenheit in der Unwissenheit zu erhalten. Daran hat auch die heute herrschende Klasse ein Interesse. Die Kinder des Volkes sollen, um es fraß auszudrücken, in der Dummheit erhalten werden. Das ist die wirtschaftliche Seite unseres Volksschulunterrichts.

Verhängnisvoller aber ist noch die politische Seite. Die Volksschule wird auch herabgedrückt zu einem Werkzeug der politisch herrschenden Klassen. Es kommt hier auf die Verteilung der Tendenz des Systems an. Sie kommt zum Ausdruck im Religions-, Geschichtsunterricht und in anderen Unterrichtszweigen. Immer ist in ihnen dieselbe Tendenz und dieselbe Wahrheit: Trachet nicht nach höheren Dingen, sondern haltet euch unten bei den niederen. Die Kinder werden in einem System absoluter geistiger Abhängigkeit, in einem Gefühl geistiger Unterordnung unter eine höhere Autorität unterrichtet, zu dem Zwecke, jedes Bestreben, sich gegen bestehende Verhältnisse aufzulehnen, im Keime zu ersticken. Es sieht schlimm um ein öffentliches Erziehungs-

institut, das sich in den Dienst solcher Tendenzen stellt. Es geht daraus aber auch hervor, wie wenig die herrschende Klasse heute ein Interesse an der freiheitlichen Ausgestaltung der Erziehung hat. Daher ist der gemeinsame Unterricht der Geschlechter in den Schulen ein Glied mit in der Kette zur freiheitlichen Ausgestaltung des Volkserziehungswesens überhaupt. Die Gegnerchaft kommt immer wieder auf den Gegensatz der Weltanschauungen hinaus.

Nunmehr einige Worte über die hauptsächlichsten Einwände gegen den gemeinsamen Unterricht in den Schulen. Eine ganze Reihe sind bereits fallen gelassen worden. Wir können der Zuerstlichkeit leben, daß der Gedanke der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter in den Schulen ständig an Boden gewinnt, nämlich in den breiten Massen des Volkes. Die zwei Hauptgründe der Gegner des gemeinsamen Unterrichts sind:

- 1. Sittliche Gefahren für die gemeinsam unterrichteten Knaben und Mädchen;
2. Man befürchtet, wenn die gemeinsame Erziehung der Geschlechter durchgeführt wird, daß dann die individuelle Erziehung erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde.

Was ist dazu zu sagen? Zunächst der Einwand derjenigen Gegner, die sittliche Gefahren von einer gemeinsamen Erziehung der Geschlechter befürchten. Das ist ein ganz falscher Einwand. Durch die gemeinsame Erziehung werden im Gegenteil gewisse Klippen und Unebenheiten für die heranreifenden Kinder gebent. Bevor wir unsere Kinder in die Volksschule schicken, hat sie die Natur bereits zusammengesägt als Bruder und Schwester im Elternhause. Wer wird behaupten wollen, daß darin irgendwelche sittlichen Gefahren liegen! Es berührt leiskam und befremdend zugleich, auch in den Kreisen organisierter Parteigenossen und Parteigenossinnen besonders, das Argument von den angeblichen sittlichen Gefahren zu hören. (Redner schildert aus seinem Leben ein Beispiel, wonach in einem Ort Süddeutschlands bei einer Veranstaltung des Jugendauschusses die jungen Mädchen ferngehalten wurden.) Es kann gar nichts Befürchteteres geben, als eine solche Auffassung, aus sittlichen Gründen schide es sich nicht, junge Mädchen und Jünglinge zusammenkommen zu lassen bei einer Veranstaltung des Arbeiterjugend-Auschusses. Aber die sittlichen Gefahren wurden meist nicht als vorliegend erachtet, wenn die Mädchen in dieser Zeit den Tanzboden oder ähnliches aufsuchten. Das zeigt, wie beschränkt und wie prüde sogar noch Parteigenossen denken. Dann kann man sich nicht wundern, wenn in anderen Kreisen die halbneidischen Ansichten über das Zusammensein der Geschlechter herrschen. Ich habe bei allen gemeinsamen Ausflügen und Veranstaltungen unserer Arbeiterjugend gefunden, daß ein zwangloser und freier Verkehr zwischen den jungen Leuten beiderlei Geschlechts herrschte. Ich habe nichts davon gesehen, daß einer sich einmal ungezogen und rüde, oder gar unanständig betragen hätte. Wäre es geschehen, ich bin überzeugt, die Jugendlichen hätten dafür gesorgt, daß er es ein zweites mal nicht wieder getan hätte. Der gemeinsame Verkehr zwischen beiden Geschlechtern wirkt zweifellos mildern und veredelnd auf die Knaben, er zügelt ihr wildes Temperament. Auf die Mädchen wirkt der gemeinsame Verkehr anspornend. Sie legen ihre Affektiertheit und ihre Brüderlichkeit ab. Das lächerliche Wesen, das man bei ihnen oft findet, verbunden mit viel Ziererei, schwindet vollkommen. Wenn dieser Geist nicht herrscht, dann ist es nicht die Schuld der Jugend, sondern die Schuld derjenigen, die solche Veranstaltungen leiten.

Das hier Gesagte gilt aber ebenjo in der Schule. Ich habe in meiner fünfundzwanzigjährigen Lehrzeit eine ganze Anzahl Vorfälle erlebt, in denen die Geschlechter nicht getrennt waren aus wirtschaftlichen Gründen. In einer Schule hatte ich sogar alle acht Jahrgänge, Knaben und Mädchen, beisammen. Das ist natürlich vom pädagogischen Standpunkte aus ein Unding. Aber es steht mir nicht in Erinnerung, daß Klagen über die sittliche Gefährdung durch das Beisammensein der Geschlechter auch nur ein einziges Mal in Erscheinung getreten wären. Ich kann es mir gar nicht denken, daß eins der Kinder sich unziemlich oder unständig betragen hätte. Und ich weiß auch keine solche Fälle aus den Erfahrungen anderer Lehrer. So mancher blondgelockte Jüngling, der stolz wie ein Spanier in die Quarta geht, der glaubt, daß sämtliche Badjünglingen auf ihn ruhen, würde von seinem Glanze bald sehr vieles oder alles eingebüßt haben, wenn er mit denselben Badjünglingen in einer Klasse säße und diese seine geistigen Qualitäten, die oft kaum über den Durchschnitt hinausgehen, kennen lernen könnten. Er würde dann bald merken, daß er absolut keinen Eindruck mehr macht. Das trifft auch auf andere Verhältnisse zu. Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter würde auch manches Hemmnis hinwegräumen in der Frage: Wie sage ich es meinem Kinde? Das ist die Frage der sexuellen Aufklärung. Die Bücher werden da geschrieben über die Einführung der Kinder in die Geheimnisse des Geschlechtslebens. Aber wenn auf dem Gebiete mehr erzogen als geredet würde, man käme viel schneller zum Ziele. Die Mütter müßten sich allerdings erst selbst freimachen von der Brüderlichkeit. Aber die haben sie überkommen in taufendjähriger Entwicklung, und die Volksschule führt das jetzt weiter. Man muß von vornherein in aller Klarheit, in aller Unbefangenheit die Frage des Geheimnisses der Menschwerdung erörtern. Die Kinder müssen hinübergeleitet vom Alter der Unwissenheit in das Alter der Wissenheit, der Unklarheiten, der Ungeklärten. Sie müssen eine heilige Gehrfurd bekommen vor den Mythen des Geschlechtslebens. Bei einer solchen Darstellung, mit dem rechten Geiste vorgebracht, werden die Kinder Vater und Mutter um so mehr lieben und achten. Darüber ließe sich noch sehr viel sagen. Aber ich wollte nur andeuten, in welchem Geiste eine gemeinsame Erziehung zu geschehen hat.

Nun zu dem zweiten Einwand: wenn die Geschlechter gemeinsam in den Schulen unterrichtet werden, würde die individuelle Erziehung erschwert oder gar unmöglich gemacht. Es soll nicht möglich sein, die persönlichen Eigenschaften der Schüler und der Schülerinnen so zu berücksichtigen, wie es der Zweck der Erziehung fordert. Wie liegen denn nun die Dinge heute? So wahrscheinlich der Einwand im ersten

Augenblick aussieht, so unrichtig ist er. Kann der Lehrer denn heute bei getrennten Klassen die Individualität der Schüler oder Schülerinnen berücksichtigen? Man denke doch einmal an unsere Städte mit den großen Schulsystemen mit den Tausenden von Kindern. Es ist auch da dem einzelnen Lehrer nicht möglich, die Individualität berücksichtigen zu können. Man stelle sich doch einmal vor, der Lehrer unterrichtet 60, 70 und 80 Kinder. Wo bleibt da der individuelle Unterricht? Es kommt aber nicht nur auf die persönliche Eigenart an. Man denke an die notwendige Berücksichtigung der häuslichen Verhältnisse. Können die vom Lehrer berücksichtigt werden? Nein! Er setzt ja fast nie einen Fuß über die Schwelle des Arbeiterhauses, er weiß gar nicht, wie es in einem Arbeiterhause aussieht. Wie will er dann seinen Unterricht darauf einrichten! Und weiter: individuelle Erziehung ist ein sehr unklarer Begriff. Will man damit sagen, die Unterschiede des Geschlechts würden dabei besonders berücksichtigt? Was will man damit? Wenn die natürlichen Unterschiede nicht gemeint sind, dann kann man eben nur die künstlichen Unterschiede meinen. Wir in Arbeiterkreisen sind gewohnt, was den Pflichtkreis betrifft, die Frauen genau so gut in diesen Kreis hineinzu ziehen wie die Männer. Allerdings fordern wir für beide Geschlechter auf der andern Seite auch die gleichen Rechte. Auf bürgerlicher Seite ist man das nicht gewohnt. Da zieht man um die Mädchen einen ganz anderen Pflichtkreis. Wer Einseitigkeit genommen hat in die Kreise des mittleren Bürgertums — im Stande der Handwerker ist es oft nicht besser — weiß, in welcher oberflächlicher Weise die Mädchen in diesen Schichten der Bevölkerung erzogen werden. Striden, Stiden, Stopfen, etwas Klavier klumpen und im übrigen auf den Mann warten. Wenn er nicht kommt, dann ist das Leben dieser Mädchen ziemlich verfehlt. Eine solche individuelle Berücksichtigung verwerfen wir.

Wir betrachten die Frage von einem ganz andern Gesichtspunkt. Nach dem bürgerlichen Gesichtspunkt meint man nur die oben geschilderte Verschiedenartigkeit der Individualität der Geschlechter. Das ist aber nichts weiter, als die künstlich erzeugte Verschiedenartigkeit der Geschlechter. Wir können unsere grundsätzlichen Schulforderungen, die resultieren aus unseren sonstigen prinzipiellen Grundfragen, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht verwirklichen. Die Arbeitsschule, die Einheitschule, die Verwirklichung der Schule, sie können jetzt nicht verwirklicht werden, sondern das kann nur geschehen in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Sie sind die Sterne auf unserer Bahn. Das machen uns nun die Gegner zum Vorwurf. Wir haben aber bewiesen, daß wir nicht nur den guten Willen haben, Gegenwartsarbeit bei der Schule zu leisten, sondern daß wir wohl imstande sind, eine Reihe praktischer Forderungen zu erheben. Wenn die Herrschenden nur so vernünftig wären, und uns mitarbeiten ließen. Wir haben eine Reihe Gegenwartsforderungen aufgestellt, die sich heute schon sehr gut verwirklichen lassen: die Schaffung eines Reichhaltigkeitsgesetzes, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und Freiheit der Lernmittel, Schulpeinung, Fortbildungsschulen auch für das weibliche Geschlecht, ausreichende Bezahlung der Lehrkräfte und noch einige andere Dinge. Die liegen sich wohl verwirklichen, wenn man den guten Willen hätte, aber man hat ihn nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung gestattet die Verwirklichung unserer Gegenwartsforderungen, das beweisen verschiedene Länder und Städte, die diese Forderungen durchgeführt haben. In Amerika z. B. ist die gemeinsame Erziehung der Geschlechter nahezu durchgeführt, nur ein ganz verschwindender Prozentsatz hat sie noch nicht. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist im großen Ganzen durchgeführt, obgleich dazu noch manches zu sagen wäre. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts bevorzugt auch heute schon die Kinder der besitzenden Klassen. Man berechne einmal, was der Staat oder die Kommunen ausgeben für die höheren und für die Volksschulen. Berechnet man diese Beträge einmal auf den Kopf der Volksschüler und dann auf den Kopf der höheren Schüler, so ergibt sich da sofort ein großer Abstand zu gunsten der Besitzenden und zu ungunsten der Kinder des Volkes. Auf die relativen Zahlen, mit denen man immer gern prunkt, kommt es nicht an. Ich erinnere dann weiter an das Interesse der Ostelbien an der Volksschule. Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Aber auch in den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden ist es oft um kein Haar besser. Die Industrie tut ja zwar so, als ob sie für die Bildung des Volkes viel über habe, aber seit der Entwicklung der Maschinen ist es auch in der Industrie möglich, vornehmlich ungelernete Arbeiter zu beschäftigen. Die Industriellen haben ja an der Bildung der Arbeiterkinder nur insofern ein Interesse, als sie die Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade vorgebildet brauchen. Heute beschäftigt man Frauen, Kinder und Ausländer. Und zu der Art der Arbeit bedarf es keiner besonderen Vorbildung. Wozu dann auch große Aufwendungen für die Volksschule? Die herrschenden Klassen haben eben an der Entwicklung der Volksschule nur insofern ein Interesse, als es ihrem Profitinteresse entspricht. Alle diese Gedanken drängen sich einem ja unwillkürlich auf bei Betrachtung des inneren Lebens der Volksschule.

Man verweigert uns als Unpolitischen. Sind wir es? Nein! Denn wir sind der Meinung, unser Schulideal ist nicht ohne Kampf zu verwirklichen. Wir wären allerdings Unpolitischen, wenn wir glaubten, unsere Forderungen würden eines Tages freiwillig von den besitzenden Klassen erfüllt werden. Wir setzen dann unsere Hoffnungen auf ein Hingespinnnis. Es müssen erst alle Vorbedingungen gegeben sein, wenn die Einheitschule eingeführt werden soll. Das wird aber nur sein, wenn die herrschenden Kreise auf ihre Vorrechte und Privilegien verzichten. Der Verzicht aber wird nicht freiwillig erfolgen. Die Arbeiterklasse wird ihnen dieselben Stiefel für Stiefel abringen müssen. Wenn es erreicht sein wird, daß nicht mehr die Rücksicht auf den Geldbeutel des Vaters in Bildungsfragen die Hauptrolle spielt, sondern die geistige Befähigung allein, dann sind wir an der Erfüllung unserer Schulideale angelangt. Das wird nicht mit den herrschenden Klassen erreicht werden können, sondern nur gegen sie in langem, zähem Kampfe. Nun wohl, wir sind zu dem Kampfe bereit!